

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Lieferung ins Haus für Ost-Berlin 70,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgefordert 8,50 M. Für Vorkauf bezogen werden sämtliche Bahnstationen Deutschlands entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Porto- und Frachtkosten, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M., Koblenz, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 8-9.

Die achtzehnjährige Kämpferin oder deren Mann kostet 2,- M. einschließlich Teuerungszulage. Kleine Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Teuerungszulage. Kleinere Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 1,- M., jedes weitere Teuerungszulage. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,50 M., netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Druckpreis: Zentrum Nr. 15230-15239

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ernüchterung der Irregeführten

Die Lage in Halle

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Halle, 30. März.

In Halle streikten seit Dienstagabend auch die Gas- und Elektrizitätswerke. Der Streikbeschluss wurde nur mit einigen Stimmen Mehrheit gefasst. Infolge des Strommangels konnten auch die Straßenbahnen, deren Personal sich mit großer Mehrheit gegen den Streik ausgesprochen hatte, nicht verkehren. Die Technische Nothilfe hat eingegriffen. In den meisten Großbetrieben wird gestreikt, aber wenn abgelehnt würde, würden die Arbeiter sich mit überwältigender Mehrheit gegen den Streik aussprechen, denn es herrscht auch unter den bisherigen Anhängern der R. P. D. eine sehr gedrückte Stimmung. Der Widerstand gegen den Druck der Führer wird immer stärker, da die Arbeiter einsehen, daß sie irregeführt und mißbraucht worden sind.

Dienstagabend wurde in der Keilstraße eine geheime kommunistische Versammlung abgehalten. Zwei Kommunisten, die sich der Verhaftung widersetzen, wurden erschossen. In den Räumen wurde militärisches Material und wichtige Dokumente über die Organisation des Aufstandes beschlagnahmt.

Auch in Bitterfeld und Umgegend wird weiter gestreikt. Die Stadt, die vorübergehend in kommunistischen Händen war, ist Dienstag nacht durch Reichswehr besetzt worden. Die kommunistischen Führer machten sich bei Herantreten des Militärs aus dem Staube. In dem Elektrizitätswerk Golpa-Ischornowich erklärte sich die Belegschaft mit 750 gegen 538 Stimmen für den Abbruch des Streiks.

Neues das Leuna-... sind viele unwahre Nachrichten verbreitet worden. Die Belegschaft des Werkes verfügte höchstens über 8-10 Maschinengewehre und etwa 400 Gewehre, die nicht einmal alle gebrauchsfähig waren. Die Leitung der Aktion ist gleich nach Ausbruch des Generalstreiks in die Hände der R. P. D. übergegangen. Der kommunistische Betriebsrat wurde abgesetzt, darunter auch der Bruder des Reichstagsabgeordneten Koenen, Bernhard Koenen. Die neuen Führer, ein gewisser Kempin, der auf dem Werk unter falschem Namen arbeitete, und ein gewisser Krohne, der aus Düsseldorf gekommen war, übten auf die Arbeiter-

schaft einen kräftigen Druck aus. Sie durften das Werk nicht verlassen und wurden zwangsweise zum Waffendienst herangezogen. Als die Sipo anrückte, verschwand der Aktionsausschuss mit Kempin und Krohne an der Spitze, die Arbeiter wurden ihrem Schicksal überlassen. Jeder eine Million Mark, die zur Auszahlung der Gehälter dienen sollten, nahmen die Gauner mit. Die Arbeiterschaft ist empört. Der Betrieb ist bis auf weiteres geschlossen. Sämtliche Beschäftigten gelten als entlassen. Die Neueinstellung hängt von der Werkleitung ab. Von etwa 1200 Gefangenen, die im Leunawerk verhaftet worden sind, ist der größte Teil wieder entlassen worden, weil sie nachweisen konnten, daß sie gezwungen wurden, Militärdienst zu leisten. Dreihundert Personen blieben in Haft.

Die Meldungen über die Zerstörung und Zersprengung der Eisenbahnanlagen besätigen sich in vielen Fällen nicht. Der Verkehr nach Eisleben - Sangerhausen ist wieder im Gange. Dort wird auch überall wieder gearbeitet. Nur im Kreise Mansfeld liegen die Betriebe vielfach noch still, da die Putschisten Sabotage an den großen Maschinenanlagen verübt haben. Es steht fest, daß Hölz militärischer Führer im Aufstandsgebiet war.

Eine große Ernüchterung hat unter den Arbeitern Platz gegriffen. Man hat ihnen vorgerechnet, es würde in ganz Deutschland gestreikt, und die Arbeiter seien allerorts bereits im Besitz der Macht. Auch im Mansfelder Kreis wurden die Arbeiter durch den Druck der kommunistischen Führer gezwungen, Waffendienst zu verrichten. In allen Orten haben sich die Führer aus dem Staube gemacht, als die Sipo anrückte. Diese verbrecherische Elemente haben sich der Bewegung an die Köpfe gehängt, für deren Taten jetzt die Gesamtheit büßen soll.

In Sangerhausen ist ohne Grund ein Reichswehregiment eingerückt. Die Reaktionsäre halten ihre Stunde für gekommen. Die verantwortlichen Führer der Arbeiterschaft wünschen dringend den Abbruch des Generalstreiks, da ein weiteres Umsichgreifen der Bewegung nur der Reaktion dienen könnte.

Die Arbeiterklasse in Deutschland muß auch schon jetzt gegen die Ausnahmegerichte härtesten Widerspruch erheben, zumal nachgewiesen werden kann, daß in der Provinz Sachsen verhafteten Arbeiter mit der Putschbewegung nichts zu tun hatten, sondern unter kommunistischem Druck und Terror gehandelt haben.

phaberen und Spindel eintätiglich zusammenarbeiten. Der Kultur ist untergeordnet: Die Aktionsausschüsse Thüringens, obwohl in ganz Thüringen keine solchen bestehen. Das beweist nur, daß die Kommunisten nicht mehr wagen, sich offiziell mit dem Träger des Streiks zu identifizieren und immer mehr mit Lügen über die tatsächlichen Verhältnisse die Streikstimmung aufrechterhalten müssen.

Das Gothaer Gebiet ist ruhig. Ohtdruf hat einen Eintritt in den Generalstreik abgelehnt. Heute vormittag ist das frühere Truppenlager Ohtdruf mit heftiger Reichswehr besetzt worden, eine Maßnahme, die jedenfalls mit Rücksicht auf die Märzämpfe 1920 für den Fall neuer Unruhen in Gotha von Seiten der Reichsregierung von langer Hand vorbereitet war und auf die Festnahme von „Sturm“ auf das Gefängnis zurückzuführen ist. Damit ist der Wunsch der bürgerlichen Gebietsregierung, Militär in greifbarer Nähe zu haben, erfüllt. Die R. P. D. hat durch ihren sinnlosen Generalstreik dazu geholfen und sich zum Schrittmacher der Reaktion gemacht. Die Metall- und Waffenindustrie in Zeitz-Neudorf arbeitet in den meisten Betrieben.

Verhaftungen und Verbote

In Breslau ist der Aktionsausschuss der R. P. D. verhaftet worden. Ebenso eine Anzahl Flugblattverteiler der Partei.

In Königsberg L. Pr. ist die „Rote Fahne des Ostens“ bis auf weiteres verboten worden. Die Staatsregierung in Thüringen droht an, falls mit der Pressefreiheit weiter Mißbrauch getrieben werde, mit den härtesten Maßnahmen vorzugehen.

In Essen ist das Erscheinen des „Aufrecho“ für eine Woche verboten worden.

Wie wir erfahren, ist heute abend der bekannte kommunistische Betriebsrat Syll auf Veranlassung des Staatskommissars für die öffentliche Sicherheit, verhaftet und in das Berliner Polizeigefängnis überführt worden.

Gegen den Reichstagsabgeordneten Wendelin Thomas, der in der Nacht zum Freitag nach einer kommunistischen Versammlung von der Polizei festgenommen und am Dienstag dem Gericht überliefert worden ist, wurde, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, vom Volksgericht in München Haftbefehl wegen Aufforderung zum Hochverrat und Aufreizung zum Klassenkampf erlassen. Thomas bleibt in Haft, wenn nicht der Reichstag anders beschließen sollte.

Das Kölner kommunistische Blatt „Die sozialistische Revue“ wurde auf Anordnung der Besatzungsbehörde auf vorläufig drei Tage verboten.

In Nürnberg ist das kommunistische Organ „Der Westruf“ verboten worden.

Weitere Nachrichten siehe Seite 2.

Zeichen der Not

Von G. Auffhäuser

Die blutigen Osterorgänge in Mitteldeutschland haben wieder einmal die politischen Leidenschaften aufgepeitscht, die immer leicht zur rein stimmungsmäßigen Beurteilung der Lage führen. Bei den Kommunisten ist eine stark pessimistische Stimmung un schwer zu erkennen, während deutschnationale und Gefolge ihren Optimismus über die willkommene Wendung zur militärischen Ordnung im Lande hoffnungsvoll zur Schau tragen. Wir werden gut daran tun, in diesen bewegten Tagen frei von Optimismus und Pessimismus zum Realismus, zur Wirklichkeit zurückzukehren, um möglichst nächstern, den Ursachen der letzten Vorgänge nachzugehen.

Die äußeren Ursachen waren politischer Art, begünstigt durch innere wirtschaftliche Not. Die politische Initiative zu dem sinnlosen und verwerflichen Putsch bleibt das unbestrittene Verdienst der Moskauer Internationale. Vor wenigen Monaten haben die deutschen Arbeiter theoretisch über die 21 Punkte diskutiert und gegenüber dem ablehnenden Teil wurde wiederholt erklärt, er hätte jene These falsch ausgelegt. Es sei nicht daran gedacht, das Selbstbestimmungsrecht der Massen und die Entschliessungsfreiheit der nationalen Arbeiterorganisationen aufzuheben. Die Osterorgänge haben inzwischen den ebenso schlüssigen, wie bestrebenden Beweis geliefert, daß sich die Moskauer Welt-Oberbunzen tatsächlich anmaßen, den einzelnen Landesorganisationen von oben herunter zu einem von ihnen bestimmten Zeitpunkt die „Revolution“ zu diktiert. Die bis zum Wahnsinn überspannte Zentralisation einer kommunistischen Internationale hat bei der ersten Probe aufs Exempel zu jener katastrophalen Niederlage geführt, die weit über den Rahmen der verantwortlichen Parteien hinaus, der gesamten Arbeiterbewegung zum schwersten Schaden gereichen muß. Die Bolschewisten, die glauben, mit den Methoden militärischer Habschweure die Welt erobern zu können, haben ihre Weltfremdheit bewiesen.

Diesigen Gruppen der Arbeiterschaft, die nach Halle neu zur R. P. D. gestossen waren, weil sie Verheißungen der falschen Propheten um Richard Müller und Stoeker Glauben schenken, mühten unter schwersten Opfern die bittere Enttäuschung erleben, daß sie lediglich das Kanonensfutter bilden, um für den Syndikalismus Schlachten zu kämpfen. Alles Ablegnen kann jetzt nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß man in Moskau die R. P. D. in Deutschland als das aktive Element ansieht, dem die Führung der Bewegung anvertraut werden muß, während die Partei Levi-Stoeker lediglich die Massen zu den syndikalistischen Experimenten zu stellen hat. Damit ist auch bestätigt, daß die sog. Revolutionisierung der Gewerkschaften Heuchelei schlimmster Art ist. Die Stärkung des Syndikalismus kommt der Zerschlagung jeder Gewerkschaftsbewegung und damit der Ohnmacht der Arbeiterschaft gleich.

Die Arbeiter, die sich zum Teil bisher durch die Reden der von Moskau reichlich bezahlten Redner haben blenden lassen, werden nach den Erfahrungen der letzten Woche erkennen, wohin der Weg der 21 Punkte führt. Und wenn man noch daran festhält, mit dieser Politik die Gewerkschaften und die Betriebsräteverbände „geistig erobern“ zu wollen, so kann es sich künftig nur noch um die „geistige Eroberung“ der Dummen handeln.

Die Tatsache, daß die kommunistischen Parteien in diesem Putsch ihre eigene Unfähigkeit zur Führung einer Arbeiterbewegung in geradezu abschreckender Weise demonstriert haben, hilft aber nicht darüber hinweg, daß die Begleiterscheinungen dieses Putsches ihre Erklärung nur in den tiefen liegenden Ursachen der durchgehenden Not weitester Arbeiterkreise finden. Es wäre ein Trugschluß, anzunehmen, daß alle Arbeiter, die an den Kämpfen beteiligt waren, etwa Anhänger der Kommunisten und von Moskau „geistig“ gewonnen waren. Abgesehen von dem brutalen Terror, dem viele Arbeiter zum Opfer gefallen sind, hatte weite Arbeiterkreise ausschließlich die Not und die Verzweiflung in die Arme der Moskauer Agitatoren gerieben. Es ist kein Zufall, daß fast überall die Arbeitslosen als Stoßtruppen zur Gewinnung der Belegschaften in die Betriebe geschickt worden waren. Hier hat das Wort, das Reichmann-Hollweg einmal so fälschlich angewandt hatte, einen wirklichen Sinn: „Not kennt kein Gebot“. Wenn irgendeine Lebenslage geeignet ist, demoralisierend auf Menschen einzuwirken, dann ist es die Arbeitslosigkeit. Es muß schließlich den besten Menschen zermürden, wenn ihm die letzte Möglichkeit genommen wird, noch irgendeine Lebensnotwendigkeiten zu schaffen und das Feiern zur Gewohnheit wird. Die Statistik zeigt, daß tausende von Arbeitern schon seit Monaten und teils schon mehr als ein Jahr zwangsweise ohne jede Betätigung dahin leben und, mit ihren Familien hungern müssen. Auch die an Zahl zunehmenden Eigentumsvergehen, von denen aus Mitteldeutschland herichtet worden war, sollten auf ihre sozialen Ursachen hin geprüft werden. Eine Arbeitslosigkeit von dem Umfang und der durchschnittlichen Dauer, wie sie zur Zeit besteht, muß demoralisierend wirken. Es ist gewiß schamlos, wenn sich gerissene Agitatoren zu Ruchgehern der verzweifeltsten Arbeitslosen machen und in ihnen die Objekte zur Durchführung politischer Pläne erblicken. Es ist aber menschen-

Kein Generalstreik in Dresden

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Dresden, 30. März.

Im Bezirk Pieschen-Altenau streikten nur einzelne Betriebe. Im Bezirk Dresden hat das kommunistische Vorgehen gar keinen Boden gefunden. Einige Ansammlungen fanden statt. Eine Demonstration in Dresden-Neustadt, auf dem Kaiser-Wilhelmplatz, war aber nur von höchstens 600 Personen besucht. Der Redner gab seine Unzufriedenheit über die schwache Beteiligung kund und forderte zu einer neuen Demonstration zu heute auf. Inzwischen haben nur wenige Betriebe gestreikt, die aber auch schon meistens wieder zur Arbeit zurückgekehrt sind. Die Arbeiter der Glasfabrik von Siemens hielten heute früh eine Versammlung ab, in der erklärt wurde, man lehne sich nicht verabsorbieren und werde die Arbeit am 1 Uhr wieder aufnehmen, die terroristischen Androhungen einiger Personen versangen nicht mehr. Die Kommunisten besetzten in Altenau in der vergangenen Nacht das Postamt und den Bahnhof und hielten den D-Zug auf. Jedoch wurden sie heute von der Sipo sehr bald wieder entfernt. Auch Nachrichten, wonach in Sebnitz und anderen Ortschaften die Kommunisten in der Herrschaft wären, sind nicht zutreffend.

Die Situation in Thüringen

Aus Gotha wird uns gemeldet:

Am Montag nachmittag fanden hier Verhandlungen zwischen der Thüringischen Landesregierung und dem Volkswirtschaftsrat der Streikenden statt, die u. a. die Befreiung der Gefangenen aus dem Landesrichtungsgefängnis und die Stilllegung der Zellungsbetriebe am 28. März zum Gegenstand hatten. Die Vertreter des Volkswirtschaftsrats erklärten, daß sich die Vorgänge ohne ihre Willen und Willen ereignet haben. Sie versprachen, daß der Ordnungsdienst der Streikenden dafür sorgen werde, daß weitere Ausschreitungen nicht vorkommen werden.

Diese Versprechungen sind nicht von großer Bedeutung, da Elementen der R. P. D. es waren, die die Menge zu den „spannenden“ Handlungen hingezogen haben. Der Streik geht weiter. Heute vormittag erschienen Anschläge, die zur Fortführung des Streiks, Bewaffnung der Arbeiter und Besetzung der Fabriken auffordern. Da zur Besetzung der Fabriken nicht die nötigen Kräfte aufgebracht werden sind, der Fabriken nicht die nötigen Kräfte aufgebracht werden sind, da man hat man sich mit der Stellung von Streikposten begnügt. Da man auch die Kleinbauern, die im Lande, einer Ortschaft, organisation, sammelt sind, zur „Revolution“ auffordert, zu sehen, wie sehr in der Streikleitung politische Unklar-

Ich verständlich, daß sich Arbeitslose angefaßt der eigenen trostlosen Lage einerseits, der Schlemmerei weiter bestehender Kreise andererseits, schließlich auch zu Unbesonnenheiten hinreizen lassen.

Der Verlauf des kommunistischen Putschs läßt sich bei gründlicher Betrachtung vom Arbeitslosenstand unmöglich trennen. Dieser Putsch hätte nie bedeutungsvoll werden können, wenn die Regierung schon früher Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosennot ergriffen hätte. Die Wurzel dieses Uebels liegt freilich in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Not ist aber so groß, daß nicht darauf verzichtet werden kann, hier Gegenwartsarbeit zu leisten, wenn nicht breite Schichten der arbeitenden Bevölkerung frühzeitig so völlig verelenden sollen, daß sie kampfunfähig werden, um die großen und entscheidenden Auseinandersetzungen mit dem Kapitalismus noch bestehen zu können. Es darf nicht länger zugegeben werden, wie die so dringlich nötige Bautätigkeit durch den Baustoffwucher unterbunden wird und es ist nutzlos, umfangreiche Programme über produktive Erwerbslosenfürsorge aufzustellen, wenn sie keine Regierung durchführt. Auch sonst fehlt es nicht an Vorschlägen, um vermehrte Arbeitsgelegenheit zu schaffen, aber niemand hat sich deutlicher als jetzt gezeigt, daß die Regierung zurückschreckt, eine nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen gerichtete Umgestaltung der Produktion herbeizuführen. Die Verzweiflungsausbrüche der Arbeitslosen sind ein Zeichen der herrschenden Not und wehe der Regierung, die diese Zeichen der Zeit nicht verstehen will. Den Arbeiterorganisationen erwächst die dringende Pflicht, in nächster Zeit ihre ganze Kraft auf diese Frage zu konzentrieren, um die Regierung endlich zu Taten zu zwingen. Die Lösung des Arbeitslosenproblems bedeutet für die deutsche Arbeiterbewegung auch gleichzeitig Befreiung von Moskowitischer Verwirrung, denn noch können die kommunistischen Drahtzieher hoffnungsvoll sagen: „Nur Arbeitslosigkeit kann uns retten“.

Der Zusammenbruch

Erhärmlicher hat sich noch nie eine Gruppe von Personen benommen, die sich Politiker nennen, als die Leitung der kommunistischen Partei. Diese Leute wagen sich auf die proletarische Solidarität zu berufen, die sie in schmachlichster Weise gebrochen haben. Sie, eine kleine Minorität, haben die Arbeiterbewegung in frenetischer Weise in ein gefährliches Abenteuer verwickelt gegen den ausgesprochenen Willen der übergroßen Mehrzahl der Arbeiter. Nicht über die Köpfe der „Führer“, sondern über die Köpfe der Massen haben sie in froher Amation gehandelt. Und jetzt, wo es nötig klar geworden ist, daß die Bewegung von den Massen nicht unterstützt wird, wollen sie sie gegen den Massenwillen durchsetzen und scheuen vor der abenteuerlichsten Beschwindelung der Massen nicht zurück.

Dabei ist es absolut klar, daß diese Leitung selbst jeden Einfluß auf die Bewegung verloren hat. Die kommunistische Partei hat bedingungslos vor der KPD kapituliert. Sie hat ihr Programm verraten, in das Rosa Luxemburg den Satz geschrieben hat: Die Kommunisten wollen nur dann zur Macht kommen, wenn es die übergroße Mehrheit des Proletariats will. Statt dessen hat die KPD sich die KPD-Parole zu eigen gemacht, daß keine entschlossene Minderheiten Revolutionen machen. Sie hat die anarchistischen und syndikalistischen Lösungen der Betriebsbesetzung und der Sabotage aufgenommen, nachdem sie monatelang damit gepöpstelt hatte, wie sie als revolutionäre Marxisten diese Parolen bekämpft haben. Sie hat alles preisgegeben und begleitet nun mit mißträglichem Gesicht und einer verzögerten Hebe gegen unsere Partei und unsere Vertrauensmänner die sinn- und zwecklosen Putschereien.

Nicht genug damit. Die Putscherei hat überhaupt jede Bedeutung verloren. Deklassierte, Verzweifelte und Verbrecher haben sich vielfach ihrer bemächtigt, haben, wie in den Leunawerken, die kommunistischen Führer weggeführt, Raubzüge veranstaltet und sich selbst in Sicherheit gebracht, sobald die Sache brenzlich wurde. Oder glaubt selbst ein Kommunist, daß der berühmte Hölz, der an eine der weniger sympathischen Gestalten in Schillers „Räuber“ erinnert, der richtige Führer der proletarischen Revolution ist? Kann jemand daran zweifeln, daß eine solche Bewegung, von der sich auch die kommunistischen Arbeiter immer mehr mit bitterer Enttäuschung abwenden, anders als mit dem Zusammenbruch enden kann.

Deshalb ist es so erbärmlich, daß die kommunistische Leitung noch immer nicht jenes Minimum von Gewissen aufbringt, um die Notwendigkeit des Abbruchs dieses zweck- und sinnlosen Putschs zu bekennen. Denn das müssen sogar diese Leute einsehen, daß jeder Tag, an dem die Putscherei und Streifversuche andauern, eine Schwächung des Proletariats und eine Stärkung der Reaktion bedeuten.

Aber die Forderungen der Kommunisten haben allerdings heute keine große Bedeutung mehr für die Beendigung der Bewegung; sie sind nur wichtig für das Urteil über die Moral und die Einsicht dieser Führer. Wirkliche Bedeutung hat nur die Haltung der Arbeiterklasse. Und da zeigt es sich, daß die Arbeiterklasse immer klarer und deutlicher erkennt, daß jeder Versuch, die in ihren Anfängen bereits vollständig verpuffte Bewegung zu galvanisieren, nicht nur vergeblich, sondern für das Proletariat schädlich wäre.

Es ist sicher, daß den gewaltsamen Aufstandsversuchen keine Bedeutung mehr zukommt. Von wem immer sie ursprünglich ausgegangen sein mögen, die Organisatoren haben ihre ganze Kraft auf einmal ausgegeben. Die lächerliche Erwartung, auf solche Weise eine allgemeine revolutionäre Erhebung herbeizuführen zu können, ist in nichts zerfallen. Die Generalstreikparole versagt ebenso. Es mögen noch hier und da an einzelnen Orten Arbeiter durch die Lüge, überall in Deutschland sei Generalstreik, vorübergehend in den Aufstand treten; es mögen an einzelnen unbedeutenden Orten ein paar Stunden lang Rathhäuser besetzt werden, das alles hat keine politische Bedeutung mehr.

Dagegen ist die Gefahr nicht zu verkennen, die von der reaktionären Seite her droht. Die reaktionäre Presse führt täglich eine frechere Sprache. Man weiß aus Erfahrung, wie geneigt die bürgerliche Regierung ist, dieser Hebe Gehör zu geben. Nichts wäre verhängnisvoller. Die Arbeiterklasse lehnt den kommunistischen Putsch mit aller Entschiedenheit ab, aber sie wird der Reaktion nicht gestattet, diesen Putschversuch nun für ihre Zwecke auszunutzen. Deswegen kann die Regierung nicht ernst genug gewarnt werden, durch Gemaltnahmen neue Erregung zu schaffen. Die Ausnahmegerichte sind eine der Maßnahmen, die bei der gesamten Arbeiterklasse schärfste Verurteilung finden. Noch schlimmer wäre die Verwendungs der Reichswehr. Denn diese ist völlig unnötig,

da die noch hier und da aufzubühenden Flammen ohnedies rasch in sich zusammenfallen. Die wirklich kritischen Tage sind vorüber. In den wichtigsten Industriezentren hat die Arbeiterklasse die Lage klar erkannt und tritt selbst den kommunistischen Putschisten entgegen. Jedes Nachgeben gegenüber der Reaktion würde diese Stellung der Arbeiterklasse nur erschweren. Deshalb hat die Regierung die Pflicht, der reaktionären Hege zu widerstehen!

Der kommunistische Putsch aber muß auch in seinen letzten Ausläufen möglichst schnell beendet werden. Jeder Arbeiter muß einsehen, daß diese gräßliche Kräftevergeubung nur schädlich ist, daß jeder weitere Tag nur jene reaktionären Kreise stärkt, die unsere wirklichen Totsfeinde sind.

Eberts Kapitulation

M. T. S. meldet:

Die gestern angeforderte Verordnung des Reichspräsidenten über die Bildung außerordentlicher Gerichte zur Aburteilung der schweren Aufbruchverbrechen und Vergehen sieht solche Gerichte nicht nur für die Bezirke des Ausnahmezustandes vor, sondern läßt zu, daß nach näherer Bestimmung des Reichsjustizministers außerordentliche Gerichte auch an anderen Orten gebildet werden, wo schwere strafbare Handlungen begangen sind, die mit der Aufbruchbewegung im Zusammenhang stehen. Somit werden auch die außerhalb des eigentlichen Aufbruchgebietes begangenen schweren und gemeingefährlichen Verbrechen, die zur Unterfütterung der kommunistischen Unruhen dienen sollten, insbesondere die Dynamitverbrechen, die Anschläge auf Eisenbahnanlagen usw. in vereinfachtem Verfahren durch diese Sondergerichte abgeurteilt werden.

Die erwähnte gestrige Verordnung des Reichspräsidenten bestimmt ferner, daß mit ihrem Inkrafttreten die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 betreffend die Bildung von Freikorps oder ähnlichen Formationen außer Kraft tritt; die auf Grund der Verordnung vom 30. Mai 1920 bereits eingeleiteten Strafverfahren werden jedoch nach dieser Verordnung und von den auf Grund derselben vom Reichswehrminister eingeleiteten besonderen Gerichte noch erledigt.

Die Ankündigung, daß bereits eingeleitete Strafverfahren wegen militärischer Geheimhändel noch von den Sondergerichten erledigt werden sollen, ist natürlich nur eine leere Dekoration; denn so wenig wie bisher die Ausnahmegerichte den Pfeffer und Konjorten irgend etwas getan haben, werden sie es auch in der Folge tun.

Eberts Verordnung ist und bleibt eine völlige Kapitulation vor jenen reaktionären Justizgeheulen in der Reichsregierung, deren bisherige Haltung selbst nach der Meinung der Rechtssozialisten eine Verherrlichung der Klassenjustiz darstellt. Daß dieser Appell an die Leidenschaften der bürgerlichen Richter nicht vergeblich sein wird, zeigt folgende Auslassung der Deutschen Allgemeinen Zeitung:

„An den Richtern wird es nicht fehlen, denn es herrscht unter diesen das Bewußtsein, daß mit der bloßartigen Milde und Nachsicht nicht mehr auszukommen ist. Es ist höchste Zeit, daß wir uns daran gewöhnen, Verurteilungen, die nach dem Regest der ehemaligen russischen Militäristen arbeiten, nicht als politische, sondern als gemeine Verbrechen zu betrachten.“

Besonders standalös aber ist es, daß die außerordentlichen Gerichte nicht nur für die Bezirke eingerichtet werden sollen, in denen der Ausnahmezustand verhängt worden ist, sondern auch an anderen Orten eingerichtet werden können. Damit ist der Willkür der Gerichtsbehörden Tür und Tor geöffnet, und auf Umwegen denen Rechnung getragen, die denen das Verhalten von Höring und Severing lebhaften Unwillen ausgelöst hat, weil sie sich bisher dem Willen der Ordnungsbesten in den Weg zu stellen suchten.

Die rechtssozialistische Partei aber trägt die volle Verantwortung für die Haltung ihres Ebert, der der Reaktion die Möglichkeit gibt, ihrem Rachegefühl gegen die verhaßte Arbeiterklasse freien Lauf zu lassen.

Mehr Mäßigkeit

M. T. S. Magdeburg, 30. März.

Oberpräsident Hertzog hat in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar an den Polizeibehörden in Lübeck folgendes Danktelegramm gerichtet:

„Nach Niederwerfung des Aufstandes und der gestern erfolgten Belegung der außerordentlichen Operationsbasis des Deunau-Werkes spreche ich zugleich im Namen des Herrn Ministers des Innern Ihnen und allen Polizeibeamten meinen verbindlichsten Dank und meine volle Anerkennung aus. Dieser solche Erfolg ist der umsichtigen, energischen Führung ebenso zu danken, wie der ausopferungswillen Tapferkeit der Polizeitruppen selbst, die trotz der großen körperlichen Anstrengungen mit frischer Begeisterung die Aufständischen angriffen und zerrieten. Diese Leistung ist um so höher einzuschätzen, als der Gegner numerisch stärker und technisch besser ausgerüstet war. Dem Major Golze und der ihm unterstellten Truppe, die vom ersten Tage an den Aufstand im Aufbruchgebiet mit Erfolg aufhob, bitte ich noch meine besondere Anerkennung auszusprechen. Die Namen der Gefallenen und deren Heimatadressen und die Namen der Verwundeten und deren jetziger Aufenthaltsort sind mir möglichst umgehend zu melden, um den Hinterbliebenen und Verwundeten meine Teilnahme unmittelbar übermitteln zu können.“

gez. Hertzog, Regierungskommissar.

Höring brüllt wie der Tiger, der Blut geteilt hat. Die Sprache dieser Vorkämpfer des Oberkommandierenden ist so ganz auf den Ton von Kriegs- und Siegesberichten gestimmt und entspricht so sehr dem Geisteszustand „sieggewohnter Truppen“ und ihrem Verlangen nach aufpeitschendem Lob, daß sie herzlich schlecht paßt zu der harmlosen Polizeifunktion, die Höring angeblich ausführt. Es wird Zeit, daß sich der Höchstkommandierende auf sich selbst besinnt und einen anderen Ton für seine Rundgebungen findet, damit ihm nicht der Vorwurf gemacht werden muß, daß er selbst die Truppen zu „Taten“ aufgepeitscht hat, die letzten Endes das Verderben nur vergrößern müßten.

Die Lage im Reich

Im allgemeinen ist eine weitere Entspannung und ein Rückgang in der Beteiligung der Arbeiter an dem Generalstreik eingetreten. Auf den Zeichen des Rheinisch-westfälischen Industriegebietes mit Ausnahme einiger Schachtanlagen auf dem linksrheinischen Gebiet, wo die Belegschaften stark mit kommunistischen Elementen durchsetzt sind, sind die Belegschaften heute wieder voll eingezogen.

In Remscheid wurde im Anschluß an eine Kommunistenversammlung auf anrückende Schutzpolizei geschossen. Die Polizei er-

widerte das Feuer und verhaftete 400 Kommunisten. Mehrere Kommunisten blieben tot auf dem Plage. Einige Beamte der Schutzpolizei sind leicht verletzt.

In München haben die Gewerkschaften mit allen gegen drei kommunistische Stimmen beschlossen, sich grundsätzlich auf den Boden des Austritts des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa vom 2. März zu stellen. Die Münchener Arbeiterklasse wird aufgefordert, nur den Weisungen der Gewerkschaften zu folgen.

In Karlsruhe kam es zu Zusammenstößen. Als am Dienstagabend die Polizei den Marktplatz von kommunistischen Demonstranten räumen wollte, wurde sie mit Handgranaten und Revolvergeschüssen empfangen. Auch aus den Häusern wurde auf sie geschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Auf Seiten der Demonstranten sollen eine Person getötet und fünf Personen verwundet worden sein. Am späten Abend war die Ruhe wieder hergestellt. Im übrigen babilischen Lande ist die Lage ruhig.

In Frankfurt a. M. wurde der kommunistische Parole zum Generalstreik keine Folge geleistet. In allen Betrieben wird gearbeitet.

Auch im Mansfelder Bezirk ist der Generalstreik im Erlöschen begriffen. Im Stadtbezirk Eisleben ist es gestern und heute zu weiteren kommunistischen Ruhestörungen nicht gekommen. Der Eisenbahnverkehr beginnt allmählich wieder regelmäßig zu arbeiten. Am Dienstag passierte nach längerer Unterbrechung zum ersten Male wieder ein Personenzug von Halle nach Gangerhausen unsere Stadt. Der Telephonverkehr ist nicht mehr behindert.

Im württembergischen Teil des Braunfelsengebietes des Kreises Liebenwerda herrscht seit Osterfestabend Generalstreik. Die Führung liegt in den Händen der drei kommunistischen Parteien. Zu Ausschreitungen ist es nur in wenigen Fällen gekommen. So wurden die Bauarbeiten des Mittelgutes Wöllingen bei Osterwerda fortgesetzt. Seit gestern abend sind die Häuser, besonders der Vereinigten kommunistischen Partei, bemerkt, den Aufstand abzuwehren. Doch stoßen sie bei den radikalen Elementen noch auf Widerstand.

Bei den Kämpfen in Weiskens mit der Schutzpolizei hatten die Kommunisten etwa 50 Tote und viele Verletzte, darunter 25 sehr schwer Verletzte. Die Weiskenscher Schutzpolizei verlor einen Toten und vier Verletzte.

Auch in Chemnitz herrscht vollkommene Ruhe, in allen Betrieben wird gearbeitet. Im Zuga-Ostbahnhof Rewier ist der Bergarbeiterstreik im Abfließen begriffen.

In Leipzig ist die Arbeiterklasse der Aufforderung der Kommunisten zum Generalstreik nicht nachgekommen. Insbesondere haben die Arbeitslosen abgelehnt, sich an der Aktion zu beteiligen. Der Versuch der Streikenden, die Betriebe stillzulegen, ist an dem belohnenden Verhalten der Arbeiterklasse gescheitert. Außerhalb Leipzigs wird in einigen Betrieben gestreikt.

Die Arbeiterklasse der Firma Karl Zeiß in Jena hat am Mittwoch die Arbeit geschlossen aufgenommen. Der Antrag der Kommunisten, im Betriebe eine Abstimmung über den Generalstreik vorzunehmen zu lassen, wurde vom Betriebsrat glatt abgelehnt. Auch die kleineren Teilbetriebe sind verpufft.

In Hamburg kündigt die Werft Blohm u. Voß die Wiederaufnahme des Arbeitsbetriebes auf der Werft ab 1. April an.

Neue Kämpfe im Ruhrgebiet

M. Essen, 30. März.

In der Nähe des Gevelsberger Bahnhofes entspann sich ein neues heftiges Feuergefecht, in das noch von Hagen kommende Schutzpolizei eingegriffen konnte. Nach erbittertem Kampf und Verlust von 13 Toten und 7 Verwundeten auf Seiten der Kommunisten, gelang es der Schutzpolizei, Herz der Lage zu werden und Gevelsberg zu entsetzen. Von den von den Kommunisten geraubten Geldern, die auf annähernd 3 Millionen Mark geschätzt werden, konnten zunächst nur 600 000 M. zurückerlangt werden. Die Schutzpolizei erlitt bei dem Kampf von Gevelsberg keinerlei Verluste. In der vergangenen Nacht wurde in der Wachtstube des Polizeigeängnisses in Hamborn, in der sich sieben Beamte befanden, eine abgezogene Stielhandgranate hineingeworfen. Einer der Beamten ergriff sie sofort und warf sie auf den Hof, wo sie explodierte.

Düsseldorf ruhig

M. T. S. Düsseldorf, 30. März.

Da die Kommunisten angeklagt hatten, sie würden heute morgen die Arbeitswilligen aus den Betrieben holen, hatten die Arbeiter Maßnahmen getroffen, um dem Terror vorzubeugen. Auch von der Polizei waren Vorkehrungen getroffen worden. In der Nacht hatten die Kommunisten Plakate angeschlagen, in denen zum Generalstreik und zum Bündnis mit Sowjetrußland aufgefordert wurde. Die Plakate wurden von der französischen Besatzungsbehörde heute morgen beschlagnahmt und entfernt. Die gestrige Nummer der hier erscheinenden kommunistischen „Freiheit“ wurde ebenfalls von der Besatzungsbehörde beschlagnahmt. Die Düsseldorfser Arbeiterklasse ist der Streikparole bis auf ganz verschwindend kleine Teile nicht gefolgt. Nur bei der Firma Schoendorf u. S., wo die Kommunisten härteren Anhang haben, fehlen von 1200 Arbeitern 400. Die Firma hat die fehlenden Arbeiter sofort entlassen. In anderen Betrieben, in denen gestern eine Anzahl Arbeiter fehlten, sind die meisten heute zur Arbeit erschienen.

Deutschland und der Wiederaufbau in Nordfrankreich

Fransösisches Kammerdebate

CC. Paris, 30. März.

Bei der heutigen Nachmittags-Sitzung der französischen Kammer wurde die Debatte über das Budget für den Monat April geführt und das Budget mit 418 gegen 69 Stimmen angenommen. Der Anlaß zur großen Debatte war die Möglichkeit der Mitarbeit Deutschlands an der Wiederaufstellung der zerstörten Gebiete. Der Abgeordnete Hippolyte au richte an die Regierung die Frage, ob es Wahrheit sei, daß der deutsche Außenminister Dr. Simons neue Vorschläge nach London überbracht hat, nach denen Deutschland sich zur Mitarbeit bei der Wiederaufstellung der zerstörten Gebiete durch Stellung von Arbeitskräften und Material betätigen wolle.

Der Minister für die befreiten Gebiete, Loucheur, antwortete wie folgt: Deutschland hat bei den Verhandlungen 1920 für die Stellung von Kräften unzulässige Bedingungen aufgestellt. Was die Sicherung von Rohstoffen betrifft, so habe Deutschland die ihm ausgetragene Verantwortung während man früher für die Lieferung von Rohstoffen in der Höhe von 5 Milliarden war, hat Deutschland nur 4 Millionen geliefert. Unter diesen Umständen hat die französische Regierung das Recht, zu erklären, daß Deutschland keine Verpflichtungen zur Lieferung von Rohstoffen und Arbeitskräften nicht nachkommen. Die Stellungnahme Dr. Simons zu dieser Frage war nur eine weisfährige Einpielung. Er schloß mit der Bemerkung, daß Deutschland fest und willig entschlossen sei, seine Zahlungen zu leisten.

Keine Abdankung der georgischen Regierung. Die Berliner Gesandtschaft der georgischen Republik teilt mit, daß die aus Moskau verbreitete Nachricht, die georgische Regierung hätte abgedankt, nicht zutrifft. Obwohl unwahr ist auch, daß zwischen der rechtmäßigen georgischen Regierung und den russischen Okkupanten oder deren Agenten irgendeine Vereinbarung bestände.

Zum 1. Mai

Eroberung einer menschenwürdigen Existenz

Die Mai-Kundgebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, deren Anfang wir bereits in der gestrigen Abendausgabe veröffentlichten, führt fort: Unkalt rath und ermahnt die Arbeitlosigkeit zu bekämpfen durch Unterstützung der Länder, deren Wohlstandswert sei, und durch Begünstigung einer rationellen Verteilung der Rohmaterialien, machten sich die Leiter des Völkerbundes verantwortlich beizubehalten für die Arbeitlosigkeit der Bergarbeiter in England, Frankreich, Belgien und Holland, während zu gleicher Zeit die deutschen Bergarbeiter gezwungen wären, Heberkünden zu leisten. Ferner müsse an die Anstrengungen der Bourgeoisie aller Länder erinnert werden, die Sozialisierung der Produktionsmittel zu verhindern. Mehr denn je müßten sich deshalb die Arbeiter zusammenschließen. Der 1. Mai müsse der Ausgangspunkt einer energischen Handlung sein, die von den organisierten Arbeitern am 1. November auf dem letzten Kongress in London gestellten Forderungen sein, nämlich der Sozialisierung des Bodens und der Produktionsmittel, des Infrastrukturs der Abmachungen von Washington, des Kampfes gegen die Arbeitlosigkeit durch die Regelung der Verteilung der Rohmaterialien. Der 1. Mai müsse der Propaganda für diese Forderungen gewidmet sein.

Die Kundgebung schließt, die Organisationen sollten dafür sorgen, daß am 1. Mai die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten zehn Millionen Arbeiter sich erheben zur Eroberung einer menschenwürdigen Existenz. Es lebe der internationale Kampf der Arbeiter.

Niemals wieder Krieg

Thomas in Essen

Der Führer der englischen Eisenbahnerorganisation, Thomas, weihte Dienstag früh in Essen in der Konferenz der Rheinisch-Westfälischen Gewerkschaften und Arbeitervereine eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Als zweiter Vorsitzender der Gewerkschaftsinternationale, Mitglied des englischen Parlamentes und Delegierter zur Antarktis-Konferenz hatte ich ein Interesse daran, auch Essen, die Stadt Krupp, zu besuchen. Ich hoffe, daß Krupp niemals mehr Waffen herstellt. Aber nicht nur Krupp allein, sondern auch Wolsowich und Skoda dürfen keine Waffen mehr fertigen. Nicht mehr Material für Menschenvernichtung, sondern Produkte für den Wiederaufbau der Welt sollen sie herstellen. Die Arbeiter haben am meisten unter dem Kriege gelitten und die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß niemals wieder Krieg kommt.

Ueber die Frage der Wiedergutmachung äußerte sich Thomas etwa folgendermaßen: Die Wiedergutmachung konnte durch Geld, Arbeit oder Güter geschehen. Wiedergutmachung in Gold ist nicht möglich, weil es soviel Gold in der Welt und erst recht nicht in Deutschland gibt. Bei der Zahlung durch Güter muß man sich fragen, was ist die Wirkung auf die Arbeiter in Belgien, Frankreich und England? Werden durch die Lieferungen unsere Arbeiter arbeitslos, so zählt nicht Deutschland, sondern unsere Arbeiter zahlen. Es bleibt also im wesentlichen die Wiedergutmachung durch Arbeit. Wer die Folgen der Vernichtung in Frankreich gesehen hat, ist sich klar darüber, daß gutgemacht werden muß. In der Frage der Sanktionen sind wir darin einig: Wenn sie Deutschland die Ausfuhr unterbinden, so richten sie das ganze Land zugrunde. Wir wollen keinen Wiederaufbau, der Deutschlands Industrie zugrunde richtet, sondern wir wollen ihn so, daß nicht die Kapitalisten daraus Nutzen ziehen dürfen.

In seinen Schlußworten sagte Thomas: Ich bin dankbar für die Anregungen, die ich in Essen bekommen habe. Wenn die Arbeiter einig sind, dann werden sie nicht geschlagen, sondern die Reaktionäre; aber nur dann, wenn sie festhalten an der Verbindung: Einigkeit!

Vor der Konferenz hatte Thomas eine längere Unterredung mit dem Direktor der Kruppwerke, Dr. Wiedefeld, die sich auf alle Fragen der Wiedergutmachung, der wirtschaftlichen, finanziellen und steuerlichen Lage Deutschlands bezog.

Der abgeblitzte Habsburger

II. Wien, 30. März.

Hier ist das Gerücht verbreitet, daß sich Erzherzog Karl nicht mehr in Steinamanger befindet. Der Erzherzog ist über Tirol nach Wien gefahren, und hat hier eine Nacht in der Wohnung eines ungarischen Grafen zugebracht, er ist dann nach Steinamanger weitergefahren.

Die Partei der ungarischen Kleinlandwirte verlangt die Einberufung der Nationalversammlung, damit diese erkläre, daß sie die Dynastie nicht haben will. Die tschechische Regierung, sowie die jugoslawische und die rumänische Regierung haben in Budapest einen gemeinsamen Schluß unterzeichnet und erklärt, daß sie jeden Versuch einer Wiederverkehr der Habsburger mit den schärfsten Mitteln vereiteln werden. Nachmittags fand in Prag eine Sitzung des Ministerrates statt, in der eine scharfe Bewachung einer Reihe von Gebäuden, darunter das Haupttelegraphenamt, das Gebäude der österreichischen Banken und die Hofburg, gegen etwaige monarchistische Aktionen, beschlossen wurde. Die monarchistische Bewegung ist bisher noch nicht hervorgetreten.

In Budapest dürfen die Zeitungen von dem Aufenthalt des Erzherzogs auf ungarischem Boden kein Wort veröffentlichen, so daß das ungarische Publikum von der Sache überhaupt nichts weiß. Die Pariser Abendblätter berichteten bereits gestern von der Anwesenheit des Erzherzogs Karl in Ungarn. Zweifellos hatte die Entente von der Abreise des Erzherzogs Karl gestern von der Anwesenheit des Erzherzogs Karl in Ungarn, vollkommenen Kennt.

England und Karl

London, 30. März.

Wie Reuters erfährt, ist die britische Regierung unter keinen Umständen gewillt, die Wiederverkehrung der habsburgischen Monarchie zu gestatten, da sie sich vorzogenmäßig, daß die Wiederverkehrung Karls zu den verschiedensten internationalen Verwicklungen führen und den Frieden Mitteleuropas gefährden würde.

Starke Zunahme der italienischen Auswanderung. Die Auswanderung aus Italien hat 1920 gegen das Vorjahr wieder stark zugenommen und dürfte bereits in diesem Jahre den Friedensstand erreichen. 1919 wanderten 872 508 Italiener nach den europäischen Staaten und nach Übersee aus, 1918, bei Wiedereröffnung der Grenzen, stellte sich die Zahl auf 56 508 und 1920 bereits wieder auf 865 000.

Protest gegen die Ausdehnung der Besetzung. Die deutsche Regierung hat dem Generalkonferenz des Völkerbundes eine Note übermittelt, in der sie Protest erhebt gegen die Ausdehnung der Besetzung durch die Ententetruppen über Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort hinaus. Sie stellt das Verlangen, daß das von ihr

Bereits beantragte Schlichtungsverfahren gemäß den Artikeln 12 bis 17 der Völkerbundakte auf die neuen Maßnahmen der Alliierten ausgedehnt wird.

Die deutsche Entwaffnung

Neuer Notenwechsel

In der Frage der Auslieferung und Vernichtung der noch in Deutschland vorhandenen Waffen- und Munitionskontingente hat bereits wieder ein Notenwechsel zwischen der interalliierten militärischen Kontrollkommission und dem deutschen Auswärtigen Amt stattgefunden. Die Note der interalliierten Militärkontrollkommission, die vom 18. März 1921 datiert ist, erinnert die deutsche Regierung daran, daß ihr der 28. Februar 1921 als Termin für die Auslieferung gewisser militärischer Bestimmungen zugewiesen worden ist. In der Note wird nach den Meldungen der interalliierten Kontrollorgane festgestellt, daß die Auslieferung der über die zugeordneten Mengen hinaus vorhandenen Waffen noch nicht vollendet ist. Das gelte besonders für Maschinengewehre, für große Mengen auseinandergegebener Waffen, für Maschinengewehre, lange Pistolen und Granatwerfer. Auch die Auslieferung des Artilleriematerials der Festungen Küstern, Königsberg und Böden-Bonen sowie des nicht angelegenen Artilleriematerials der Küstendefestungen sei nicht erfolgt. Die interalliierte Militärkontrollkommission ersucht förmlich darum, daß vor dem 31. März 1921 Abhilfe geschaffen wird. Nach den Bestimmungen der Pariser Note über die Fabriken zur Waffen- und Munitionsherstellung sei nicht Genüge getan worden.

In der Antwortnote des deutschen Auswärtigen Amtes vom 26. März 1921 wird darauf hingewiesen, daß die Reichswehr an Karabinern nur noch die durch Artikel 164 des Vertrags und das Protokoll von Spaas festgesetzten Mengen besitzt. Die Lebewaffen könnten nicht als Waffen im Sinne des Vertrags betrachtet werden, da sie für eine Verwendung zum Schützen und zum Schützen von Menschen und nicht zum Schützen von Menschen gemacht seien. Für Königsberg, Küstern und Böden sei eine Anzahl von Geschützen zurückgehalten, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Osten eine Auslieferung der Geschütze unmöglich sei. In der Angelegenheit der Fabriken zur Herstellung von Kriegswaffen verleihe es offenbar gegen den Friedensvertrag, wenn die Kontrollkommissionen Fabriken bestimmen, die von der deutschen Regierung überhaupt nicht vorgeschlagen worden seien. Der Artikel 168 des Friedensvertrages gebe der deutschen Regierung dieses Vorschlagsrecht. Die Note schließt:

Die deutsche Regierung hat keiner der Bestimmungen des Friedensvertrages, die die Auslieferung des Heeres und der Festungen betreffen, zuwiderhandelt. In den Punkten, die zwischen ihr und den alliierten Regierungen Streitig sind, ist sie überzeugt, das Recht auf ihrer Seite zu haben. Sie erklärt sich bereit, diese Streitpunkte einem unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten. Ich beehre mich, Sie zu bitten, diesen Vorschlag zur Kenntnis der alliierten Regierungen zu bringen.

Wir halten die fortgesetzten Manöver der deutschen Regierung, den Ententetruppen über Verstöße gegen den Friedensvertrag gegenüber einfach den Spiegel unzureichend, für unzulässig und für falsch. Die Alliierten kennen den Versailler Vertrag so gut wie die deutsche Regierung, und sie brauchen sicher keine anabändernde Rechtsbelehrung über dessen Auslegung. Da die Entente nicht nur das formelle Recht für sich hat, sondern auch die politische und militärische Macht zur Erzwingung ihrer Forderungen, so müssen alle diese Versuche der deutschen Regierung einfach scheitern. Den Alliierten wird es nicht einfallen, die Differenzen, die in der Entwaffnungsfrage bestehen, vor ein unparteiisches Schiedsgericht zu bringen, da sie gerade in dieser Frage bislang genügend Beweise vom schlechten Willen der deutschen Regierung hatten.

Wir sind immer dafür eingetreten, daß die deutsche Regierung in der Entwaffnungsfrage den Forderungen der Alliierten voll und ganz nachkomme. Wir sind sowohl aus Gründen der Inneren wie auch der äußeren Politik dafür, da die andauernden Reibereien wegen der militärischen Dinge auch auf die Erledigung der wirtschaftlichen Fragen in ungünstigster Weise einwirken.

Bayern entwaffnet nicht

Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, weihte in der vergangenen Woche der Reichsjustizminister Dr. Heine und der Reichsenwaffnungskommissar Dr. Peters in München, am im Auftrage der Reichsregierung der bayerischen Regierung den Standpunkt der Reichsleitung in bezug auf die Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren vorzutragen. Dem Vornehmen nach hatten die beiden Herren keine Gelegenheit, sich ihres formellen Auftrages zu entledigen. Doch hatte Reichskommissar Peters eine Unterredung mit dem bayerischen Entwaffnungskommissar Dr. Kory, während Reichsminister Dr. Heine eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten von Kahr hatte. Es ist anzunehmen, daß die bayerische Regierung auch angelehnt der Tatsache, daß sie auf Ersuchen der Reichsleitung, ein Drittel des bayerischen Reichswaffenkontingentes zur eventuellen Hilfeleistung nach Mitteldeutschland entsandt hat, ihren Standpunkt bezüglich der Entwaffnungsfrage vorläufig nicht revidieren wird.

Eine neue Schädigung der Gemeinden

Die Reichsregierung plant eine Verordnung über die Entwicklung der Kriegsgesellschaften und der Kriegsorganisationsstellen. Die Verordnung wird in der Hauptsache die gesetzliche Sperrfrist für die Auflösung dieser Gesellschaften von einem Jahr auf drei Monate verkürzen. Der Entwurf der Verordnung enthält aber ferner die Bestimmung, daß die Kriegsorganisationsstellen von der Zahlung von Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern befreit werden.

Durch diese Bestimmung werden insbesondere die Städte schwer geschädigt. Ihnen soll ohne irgend einen einseitigen Grund die Steuerleistung entgehen, auf die sie rechtlichen Anspruch haben. Da der Sitz der meisten Kriegsgesellschaften Berlin ist, so würde vor allem die Stadt Berlin durch diese Verordnung besonders schwer getroffen werden. Allein im Gebiet der alten Stadtgemeinde Berlin sind in den Jahren 1915 bis 1919 Kriegsgesellschaften zu 35 1/2 Millionen Reichsmark Gemeindesteuern veranlagt worden. Außerdem aber schweigt die Veranlagung zahlreicher Gesellschaften noch. Hierzu treten die Veranlagungen der in das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin nunmehr eingemeindeten Orte, in denen zum Teil noch sehr große und wichtige Kriegsgesellschaften ihren Sitz haben. Der finanzielle Schaden, den die Stadt Berlin erleiden würde, wenn die Steuerbefreiung der Gesellschaften beschlossen wird, wird etwa 40 Millionen Reichsmark betragen.

Ein derartiges Vorgehen gegen Gemeinden ist nicht nur im höchsten Maße unbillig, sondern auch unbegründet. Die Erhebung der Steuern würde nicht, wie die Begründung der Vorlage sagt, zur „Bewozugung“ der wenigen zentralen Orte führen, in denen die Errichtung der Kriegsgesellschaften notwendig erfolgte, sondern zu einer schweren Benachteiligung. Durch die große Zahl der Kriegsgesellschaften und die von ihnen in Anspruch genommenen Gebäude ist die Wohnraumnot erheblich verschärft worden und außerordentliche Aufwendungen für ihre Bekämpfung notwendig geworden. Dasselbe gilt von der Lebensmittelversorgung. Es entspricht also nur der Billigkeit, wenn die

Gemeinden für die hohen Aufwendungen, die ihnen durch die Kriegsgesellschaften entstanden sind, das Recht der Gemeindebesteuerung behalten.

Der Versuch, es ihnen zu nehmen, ist ein Ausfluß jener fiskalischen Geffinnung, die völlig blind ist gegenüber den großen Aufgaben der Gemeinden.

Die notleidenden Hausbesitzer

Waren früher die Agrarier die „notleidenden Kreise Deutschlands“ — die steigenden Güterpreise fanden allerdings mit der Kostlage der Landwirtschaft in höchstem Widerspruch, so jammerlich heute die Hausbesitzer, die erhöhten Mietzinsen nicht bezahlen können. Die Reparaturen bringen unsum, lautet ihr Klage, obwohl sie keine Reparaturen vornehmen lassen, die gestiegene Wasserrente, die erhöhten Gebühren für Müllabfuhr usw. sind unser Ruin, beweist sie diese Steigerungen teils, wenn nicht darüber hinaus auf die Mieten abzuweichen. Aber das Jammern hat einen bestimmten Zweck; sie wollen die bestehenden Vorschriften über Mietzuschläge beseitigen. Sicher würden sie auch bei einer ungehemmten Möglichkeit der Mietsteigerung keine Reparaturen ausführen, aber der Zweck der Werbung ist ja auch nicht die Besorgnis um die Verschlechterung der Wohnungen, um die zerfallenen Tapeten, die schlecht funktionierenden Klosetts und Wasserleitungseinrichtungen, sondern die Hauptsache ist ihnen: das Schreien, Schreien und nochmals Schreien nach höherem Profit. Daß die Hauswirte gar nicht in so übler Lage sind, wie sie behaupten, beweist ein Blick in den Inseratenteil einzelner Blätter, beweist eine genaue Verfolgung der Häuserpreise. Um Hunderttausende werden die Häuser heute teurer angeboten, als sie vor dem Kriege oder während des Krieges gekauft worden sind. Und dies trotz der Höchstmietverordnung. Und ebenso sonderbar: die Häuser finden trotz der erhöhten Preise meistens willige Liebhaber. Die Not der Hausbesitzer muß also noch erträglich sein, derart erträglich, daß sie stets — und in diesem Falle kann man nicht Dumme sein — wieder Leute finden, um willig diese Not auf sich zu nehmen.

Aus der Partei

Zum Kongress der belgischen Arbeiterpartei

Die belgische Arbeiterpartei hat die U. S. F. B. zu ihrem Parteitag, der in den Ostersagen tagte, in der gleichen Weise wie andere Parteien, eingeladen. Der Parteivorstand des U. S. F. B. konnte dieser Einladung keine Folge leisten, aus den Gründen, die in dem Antwortschreiben des Parteivorstandes dargelegt sind. Dieses Schreiben lautet:

Verte Genossen!

Wir haben Eure Einladung zu Eurem Parteitag erhalten. Wir sind selber nicht in der Lage, einen Delegierten zu entsenden. Die Haltung Eurer Partei steht zu den Grundfragen, die wir vertreten, in Widerspruch. Ihr steht Eure Unterstützung einer Regierung, die eine imperialistische Politik treibt, die in den Gewalttaten von Versailles, St. Germain, Sevres ihren Anfang genommen, in den Pariser und Londoner Beschlüssen ihre Fortsetzung gefunden und zur Wiederaufnahme des Krieges, vorläufig mit wirtschaftlichen Mitteln, geführt hat. Diese Politik steht nach unserer Überzeugung in höchstem Widerspruch zu den Interessen, wie des gesamten, so auch des belgischen Proletariats, bedroht es mit weiterer Beteiligung und führt zur Stärkung des Nationalismus und der Reaktion. Wir, die wir gegen den Krieg, der vom deutschen Imperialismus und den dynastischen Interessen der Habsburger herbeigeführt worden ist, von Anfang an im Kampfe gestanden haben, die gegen die Deportationen und andere Kriegsgreuel immer wieder protestiert, die die Verwüstungen, die der deutsche Militarismus in Belgien und Nordfrankreich angerichtet hat, aufs schärfste beurteilt haben, erblicken die oberste Aufgabe und Pflicht aller sozialistischen Parteien im unabhängigen und unzerstückelten Klassenkampf gegen den Nationalismus und Imperialismus des eigenen Landes. Dieser Gegensatz der Anschauungen läßt uns die Entsendung eines Vertreters zu Eurem Parteitag unmöglich erscheinen.

Uns aller Welt

Riesenbrand in Tokio

M. Tokio, 30. März.

Infolge einer furchtbaren Explosion, deren Ursache noch unbekannt ist und die eines der vornehmsten Viertel der japanischen Hauptstadt in Trümmer gelegt hat, sind 5000 Personen obdachlos geworden. Die Explosion verursachte einen Brand, der, von dem herziehenden Winde stark begünstigt, sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete und binnen drei Stunden weit über 1000 Wohnhäuser vernichtete. Ein Teil der Obdachlosen mußte in den kaiserlichen Gärten und in den Tempeln der Stadt untergebracht werden.

Ausschneiden!

Druckfache

Um die

Hauptredaktion der „Freiheit“

Berlin G 2

Brette Straße 8-9

Billige Lebensmittel

Konserven

Stang-Spargel	14.50
Brech-Spargel	13.00
Brech-Spargel	11.00
Brechbohnen	4.75
Junge Schoten	6.00
Gemüse-Erbsen	5.50
Tomaten-Püree	4.50
Apfelmus	3.90
Birnen	3.90

Leberwurst 3.80
2-Pfund-Dose

Rindfleisch 18.50
4-Pfund-Dose

Fleisch

Rinderkamm	10.00	Schmorfleisch	14.00
Fette Rinderbrust	11.00	Gehackt. Rindfleisch	11.00
Schweinsfilet	8.00		

Wurstwaren

Rotwurst	12.00
Sülzwurst	12.00
Fleischwurst	20.00
Landleberwurst	12.00
Teewurst	26.00
Schinkenwurst	26.00
Knack-Brühwürstchen	24.00

Margarine	9.25
Schmalz	11.00

Gemüse

Blumenkohl	2.60
Märk. Rübchen	35.00
Mohrrüben	35.00
Kohlrüben	30.00
Schnilllauch	1.80
Zitronen	1.00
Apfelsinen	65.00
Goudakäse	10.50
Brikäse	7.60

Puddingpulver

Holl. Pudding	90.00
Griech. u. Pudding	90.00
Rote Grütze	1.10
Pudding-Pulver	1.20
Pudding-Pulver	1.50
Schokoladen-Speise	2.00
Vanille-Saucenpulver	43.00
Harzerkäse	7.60
Magermilch	6.25

Kolonialwaren

Weisse Bohnen	90.00
Hülsenrühle	1.60
Viktoria-Erbsen	1.90
Tafelreis	2.60
Vollreis	3.80
Haferslocken	2.50
Maisgriess	2.50
Bandnudeln	5.90
Gebraunter Kaffee	19.50

Gelb. Kaninchen 5.20
eine Kopf- und Fähr... Pfund

Rindertalg 9.25
eingelassen... Pfund

Nur Alexanderplatz: Rhododendron (Alpenrosen) 17.50 bis 35.00 | Obstbäume Mittel- u. Hochstamm | Wilder Wein starke Pflanzen 4.75 bis 5.75 | Balkonkasten mit wildem Wein bepflanzt | Blumen- und Gemüsesamen

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee
Allein-Vorverkauf für Zirkus Sarrasani

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr: Das Volkst
Die Komödie der Irrungen

Neues Volkstheater
Abend: Der G. G.
7 1/2 Uhr: Jugend

Staatstheater
Opernhaus
8 1/2 Uhr: Alibi
Schauspielhaus
7 Uhr: Tannhäuser

Deutsches Theater
8 Uhr: César u. Cleopatra

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der König d. dänischen Kammer

Großes Schauspielhaus
Karl-Liebknecht
7 1/2 Uhr: Der Kaufmann von Venedig

Königgräber Str.
8 Uhr: Salome (Daska)
Freitag: Dugby

Komödienhaus:
Das weiße Lämmchen
mit Max Pallenberg

Berliner Theater:
Die Spanische Nachtstraß
7 1/2 Uhr: Die drei Mäuler, Die drei Mäuler, Die drei Mäuler

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die spanische Nachtstraß

Leffing-Theater
Direkt: Victor Barnowsky
7 1/2 Uhr: Ein idealer Gatte

Deutsch. Künstler-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsstelle

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Privileg

Kleines Theater
Unter den Linden 44
Täglich 7 1/2 Uhr:
Calanocos Sohn

Komische Oper
Wilhelmsplatz 7 1/2 Uhr:
Luderchen

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Stricknadeln

Thalia-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mascottchen

Theater am Hollendorfsplatz
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht...

Walhalla-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Vogelhändler

Großes Schauspielhaus

Neues Abonnement 1921/22.

6 verschiedene Vorstellungen / Neues Abonnementsystem.

Die sechs Abonnements-Vorstellungen lauten auf bes. Immen Zan und Orlum.

Abonnementspreis für 6 Vorstellungen (inkl. Luftverkehrs- und Umsatzsteuer):

Parterrelogen	120 M.	Ringlogen	120 M.	1. Ring	54 M.	3. Ring	18 M.
Parterrelogen	90 M.	Balkon	72 M.	2. Ring	36 M.		

Täglicher Verkauf an der Abonnementskasse Großes Schauspielhaus (10-2, 2-9) und bei M. Wertheim

In Aussicht genommene Stücke:

Abig. Lear	Chateaufort	Saul und David (ein Sprechchorium)
Die von Berlin	Görke	Die drei Mäuler
Die drei Mäuler	Die drei Mäuler	Die drei Mäuler
Die drei Mäuler	Die drei Mäuler	Die drei Mäuler
Die drei Mäuler	Die drei Mäuler	Die drei Mäuler

Thalia-Theater

Abendstück 7 1/2:

Mascottchen

Der größte Operettenstar dieser Saison.

Ausschneiden!

Centen-Originalplakat für die Abonnenten der "Thalia" (abgibt bis 30. Sept. außer Sonntagen) für 1-6 Personen.

Spezial... 3 M. Parkett... 10.-
Balkon... 6 M. Parkett... 10.-
Orchestra... 7.50 Parkett... 10.-
Originalplakat 17.- M. (einkl. Luftverkehrssteuer)

Originalplakat 5 Tage im Voraus von 10 bis 2 und ab 6 Uhr abends an der Theaterkasse.

Briefmarken

kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Sachsen u. S. Briefmarken (Nr. 178) Norden 106 21

Morgen geht's los!

mit der

Riesenschleuderei

des Hamburger Kolonial-Export-Fachlers in Herrenkleidung, Friseur und Hauswaren.

Kompl. Herren-Anzüge gute Material Mk. 325.00
Gute, weiche, pr. Anzügen mit 1-jähriger Garantie, 2. Klasse Schauer Mk. 25.00 und unzählige andere Artikel. Genaue beachten

Turmstraße 19 (Laden)

8 Casino-Theater
7 1/2 Uhr: Der große...
Sonntag 3. 1. Theater Volkstheater

10.8 Jolies Captive
am Opernplatz
Neues Programm
mit Herd. Gröndler

Theater u. Kolth. Yo.
Tel. Moritzplatz 16077
Täglich: 7 1/2 u. 2. halb. Preis-Sonntag nachh. 3 U.

Ellie-Sänger
Morgen 2-jähriges
Besuchen mit
neuem Programm
Vorverk. 11-1 1/2 u. 4-5 Uhr

Spezial-Arzt Dr. Sauer in alle Krankheiten: Haut, Horn, Frauenleiden, brennende Ausschläge, Ausschlag, Mannschleim, Siphilis, Nerven, (per. u. Salvarsan, Blutuntersuchungen, Röntgen-Untersuchungen, im letzten Ausmaß) Dr. Sauer 69-70 Rosenfelder Platz.

Spezial-Arzt Dr. Sauer in alle Krankheiten: Haut, Horn, Frauenleiden, brennende Ausschläge, Ausschlag, Mannschleim, Siphilis, Nerven, (per. u. Salvarsan, Blutuntersuchungen, Röntgen-Untersuchungen, im letzten Ausmaß) Dr. Sauer 69-70 Rosenfelder Platz.

7 1/2 Apollotheater
Sensations-Ausstellungsbau
Madame Dubarry's
Liebesleben
mit der weltberühmten Saharal

Residenz-Kasino
Damenstraße 10
Täglich:
BALL

Kleiner Laden
mit ab. ohne Nebenräume
in der Nähe d. Opernhofes
oder Theaterplatzes
oder Schöneberg Str. u. m.
für Buchhandel u.
Jugendpublikation
gesucht

Dr. Sauer in alle Krankheiten: Haut, Horn, Frauenleiden, brennende Ausschläge, Ausschlag, Mannschleim, Siphilis, Nerven, (per. u. Salvarsan, Blutuntersuchungen, Röntgen-Untersuchungen, im letzten Ausmaß) Dr. Sauer 69-70 Rosenfelder Platz.

Botenfrauen

werden eingestellt in der Kadgasse
Schwedter Straße 23, Hof part. rechts
Befragungen nachmittags von 8-5 Uhr.

Neukölln, Emser Str. 32
Expedition Sinner, Stallberg Straße 101.

Angehörig Groß-Berlins Wohnung bitte beim Postamt bestellern

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der **zwei** in a 1 täglich erscheinenden Zeitung

"Greifheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands mit der wöchentlich einmal erscheinenden illustrierten Unterhaltungsbeilage "Freie Welt"

zum Preise von Mk. 10. — monatlich, Mk. 5. — halbjährlich, bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
Ort: _____
St. _____

(Name, heimlich lesbaren, Briefe gratis anfragen: wem, auf, Siff., Durgay.)

Diesen Gutschein bitten wie an die Hauptexpedition, Berlin C2, Breite Straße 8-9, einzulösen.

Der Verlag.

Riefen-Preise für Almetalle Quecksilber

Preuzlauser Str. 24
Waldstraße 3
Gubener Str. 29
Schiffstr. 25 u.
Wahnstr. 46, Schöneb.

Gänsefedern
Mittlerer, auch
angereicherter, aus
einer Hand.
Paul Pango's
Wirkens 15 Oder.

Händler
Selbe, Lichte, Schuh-
crem, Streichhölzer
jezt konkurrenzlos billig!
Nur auf Qualitätswaren

Diets,
St. Frankfurter Str. 13

Wir suchen dringend:
Kupfer, Rot, u. Messing,
Zink, Blei, Zinn,
Lagermetalle zu kaufen und
schließen hohe Preise

Verlad & Verlad
Gubener Str. 13/14, Tel. 1288

Frau der Morgenstunde

Herren-Hemden	24.00	Herren-Unterhosen	5.00
Herren-Hemden	25.00	Herren-Hemden	15.00
Herren-Hemden	27.00	Herren-Socken	5.75
Herren-Unterhosen	15.00	Damen-Strümpfe	6.00
		Damen-Schlüpfer	15.00

Kaufstücker, die andere Waren wünschen, können außer der Reihe und jederzeit bedient werden.

* Wird in jedem Quantum verkauft! ** Wird rationiert!

BaerSohn

Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Keine Filialen mehr

Groß-Berlin

Erhaltung und Schutz unserer Wälder!

Die Bucher Forst ist als eine der schönsten der Wälder in Berlins nächster Nähe vielen Naturfreunden bekannt. Sie weist, besonders im westlichen und nördlichen Gebiet noch kilometerweite, prächtige Waldteile auf. Neben lieblichen Erlebrüchen erscheinen dem Wanderer Kieferwaldbestände aus Kiefern, Kottannen, Eichen, Rotbuchen, Weißbuchen, Birken, Ebereschen usw. bestehend; hier und da fügen sich Hain- und Hainbuchenbüsche und andere Straucharten gemüßmaßen ergänzend den obengenannten Baumarten hinzu, und geben der Waldlandschaft urwüchsige Vegetationsformen. In diesen Beständen finden die Tiere des Waldes, unter anderem auch das Kleinwild, gute Schlafplätze. Das Reichwild scheint infolge der jetzigen isolierten Lage der Bucher Forst nicht mehr vorzukommen, abgesehen davon, daß sich mitunter Rehe aus den weitenweiten Schönwalder und Bernauer Forsten hierher verirren.

Ehemals mit den zuletzt genannten Wäldern zusammenhängend, bildete die Bucher Forst ein Areal von etwa 19 bis 20 Quadratkilometer; also ist der größte Teil jämmerlich zerstört worden.

Es ist im Interesse aller Wald- und Naturfreunde, ebenso der erholungsuchenden Bevölkerung nötig, darauf hinzuwirken, daß dem übriggebliebenen Waldteil abermals neue Gefahren drohen.

Im südwestlichen Teil der Bucher Forst zieht sich eine zirka zwei Kilometer lange Bodenleiste, von der Gegend der Hühnerlei nach Südwesten hin. Nicht weit von den letzten Ausläufern dieses Waldrestes liegt in der genannten Niederung ein Gewässer, aus drei kleinen idyllischen Waldseen bestehend; der südlich gelegene See ist leider schon ein wenig durch einen künstlichen Damm verunstaltet.

Durch die Kiefernanlagen bei Hohenrechtsfelde hat sich die Beschaffenheit des Liegengrabens und seiner Nebengräben verändert; ehemals Waldbäche, sind sie jetzt zum Teil kanalisiert und müssen die Abwässer der Kiefernfelder aufnehmen. Sie können die in Betracht kommenden Waldseen nicht mehr mit reichlichem, klarem Wasser versorgen. Die natürlichen Zuflüsse der Seen sind überwiegend durch Abflüsse unterbunden. Hierdurch wird sich eine Stagnation der Seenkette entwickeln und später die Folgen derselben: die allmähliche Versandung der Seen.

Es ist sehr zu mißbilligen, daß die Verwaltung der Kiefernfelder ihre Tätigkeit in das Gebiet des Waldes hineinverlegt; denn diese unersetzlichen Erhebungen, welche sich in letzter Zeit dem aufmerksamen Beobachter darbieten, sind auf die Maßnahmen der Gutsverwaltung zurückzuführen. Nehmen die Dinge hier so weiter ihren Lauf, wird dieser Waldteil bald in ein totes Kiefernfeld verandelt.

Ob der schöne, leider nur noch sehr kümmerliche Waldrest westlich der kleinen Waldseen — ein gemischter Bestand aus Kiefern, Kottannen, vereinzelt auch Blautannen, Lärchen usw. — erhalten wird, erscheint fraglich.

Jüngst wurden in einer Kiefernplantaue umgefahrene, kaum mehrerhöhte Kiefern bemerkt. Von Rücksicht auf den Nachwuchs keine Spur.

Das sind alles Anzeichen, welche die schon so sehr geschmälernten Wälder in nächster Nähe Berlins aus neue gefährden. Hoffentlich richtet der Magistrat wieder einmal sein Augenmerk auf diese unersetzlichkeit und räumt der Forstverwaltung gegenüber der Gutsverwaltung größere Verfügungsrechte bezüglich der Forstpflege in dem genannten Waldrest ein. Es ist nicht nur unser Recht, sondern auch die Pflicht, gegen die Verwüstungen und Verschönerungen, für die Erhaltung und den Schutz unserer Wälder einzutreten!

Widerstände bei der Organisation des technischen Groß-Berlin?

Uns geht folgender Bericht zu: „Kurz vor Ostern hatte die Betriebsverwaltung Magistrat Berlin des Bundes der technischen Angestellten und Beamten eine Mitgliederversammlung nach der Aula des Margareten-Vergnügungsbereichs einberufen, um zu den Schwierigkeiten Stellung zu nehmen, die sich der Organisation des neuen technischen Groß-Berlin entgegenstellen. Das Hauptreferat in der überaus reichhaltigen Versammlung hatte Reichstagsabgeordneter Aufhäuser übernommen. Die Mitarbeit aller produktiven Kräfte an der Gemeindeverwaltung ist dringend erforderlich, um so mehr, als zu den reinen Verwaltungstechnischen Aufgaben der Ge-

meinden wirtschaftliche in nie geahntem Umfange hinzugekommen sind. Die wirtschaftlichen Aufgaben der Gemeinden können natürlich auf juristisch-bureaucratischer Grundlage nicht erfüllt werden. Es muß vielmehr der technisch-wirtschaftliche Geist seinen Eingang in die Verwaltung der Kommunen halten. Diejenige Grundlage ist leider bei der Reorganisation der Groß-Berliner Verwaltung nicht Rechnung getragen worden. Zwar hat der Plan der Verfassung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten über die Bildung des neuen technischen Groß-Berlin in den weitesten Kreisen Anerkennung gefunden, schon um deswillen, weil man diesem Plan der Fachmänner keinen anderen Plan entgegenstellen konnte. Aber es besteht jetzt die Gefahr, daß diese Arbeit wieder sabotiert wird. Was nützt uns die schönste Beethovenische Symphonie, wenn sie nicht zu spielen verstanden wird, was nützt der schönste technische Plan, wenn die ihn durchzuführen sollen, nichts von ihm verstehen. Überall leben wir, daß der Jurist in ausgedehntem Maße in die einschneidenden Stellen gesetzt wird, während man der Mitwirkung der Techniker entzogen zu können glaubt. Es wird eine Verwaltungsbureaucratie geschaffen, die der Entwicklung des technischen Groß-Berlin die schwersten Fesseln anlegt. In den Bezirken dominiert der Jurist, während der Techniker zurückgelassen wird. Am schlimmsten steht es bei der Deputation für das Bildungs- und Wohnungswesen, an deren Spitze ebenfalls ein Jurist gestellt ist. Unter Führung der Juristen will man das Siedlungswesen jetzt sogar zum Verkehrgesamtwesen legen, wahrscheinlich um den alten unglückseligen Zweck- und Wohnungsverband in neuer Auflage auflösen zu lassen. Wehrlich liegt es bei der Deputation für Werke. Bei der Verkehrsdeputation versucht der Jurist den Ausschlag zu geben, während man die Techniker, die jahrelang die wirtschaftlichen Unterlagen bearbeiteten, völlig ausschaltet. Auch die Organisation der Güter und Forsten ist jetzt einem Juristen übertragen worden. Redner warnt dringend, auf diesem Wege weiter fortzuführen. Es muß den maßgebenden städtischen Stellen mit aller Eindringlichkeit die Naturart entgegengehalten werden: So geht es nicht weiter! Die technisch-wirtschaftliche Leitung gehört dem Techniker, nicht dem Juristen, wenn nicht das gesamte Gemeinwesen Schaden erleiden soll. Die Dezentralisierung der Verwaltung kann nur mit dem Techniker erfolgen, sonst verfallen wir der Bureaucratie.

An das mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat schloß sich eine Aussprache an, an der sich die Herren Köhler, Heller und Direktor Rehmer beteiligten, die aus ihrem Tätigkeitsbereich die Ausführungen des Redners ergänzten. Das Schlusswort nahm Herr Händeler, der forderte, daß mit der Demokratisierung der Verwaltung nun endlich ernst gemacht werden müsse. Der juristisch-bureaucratische Geist, der sich auch im neuen Berlin breit mache, sei noch ein Erbstück des alten Regimes. Die Demokratisierung der Stadtverwaltung erfordere, daß der Kaufmann von unten erfolge unter lebendiger Anteilnahme jedes einzelnen Arbeiters, Angestellten und Beamten. Dann werde es auch gelingen, bei Durchführung des Grundgesetzes „Freie Wahl des Tüchtigen“ die tüchtigsten Köpfe an die Spitze zu bringen.

Es wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, die den Vorstand beauftragt, im Sinne der Ausführungen der Redner beim Magistrat Berlin für die Anerkennung der Technik und Techniker zu wirken.

Wohnungsaustausch durch amtliche Vermittlung

Die Vereinigung deutscher Wohnungsämter teilt mit: Die dauernde Verschlechterung des Wohnungsmarktes hat es mit sich gebracht, daß jeder, der gezwungen ist, von einem Ort nach einem anderen überzusiedeln, sich an dem Orte, an dem er sich niederlassen will, eine Wohnung nicht anders als auf dem Wege des Tausches verschaffen kann. Nach den gemachten Erfahrungen erscheint es zweckmäßig, diesen Wohnungsaustausch, an unläuterer Wohnerschaften vorbeugend, an einer Stelle zu organisieren, die das öffentliche Vertrauen besitzt. Zu diesem Behufe hat sich die Vereinigung deutscher Wohnungsämter, Geschäftsstelle: Berlin W. 50, Langsburger Straße 61, die die Mehrzahl der in den deutschen Städten bestehenden Wohnungsämter umschließt, unter Förderung durch den Deutschen Städtetag, einschließlich, einen Wohnungsaustausch-Anzeiger herauszugeben, der unter Mitwirkung der örtlichen Wohnungsämter den Wohnungsaustausch von Ort zu Ort in unparteilicher, dem Einflusse spekulativer und ausbeuterischer Interessen entzogener Weise in geregelte Bahnen führen soll. Wer also von Berlin aus seine Wohnung gegen eine solche an einem anderen Orte zu tauschen wünscht, wird sich einfach an das Wohnungsamt, Berlin C., Neue Friedrichstraße 80, wenden, wo ihm gegen eine mäßige Gebühr die Möglichkeit gegeben wird, sich mit Tauschkandidaten an dem Ort, wohin er ziehen will, in Verbindung zu setzen.

Die Vorbedingung für das Gelingen der an sich zu begrüßenden Vermittlung der Wohnungsämter ist allerdings, daß diese Behörden möglichst wenig bürocratisch arbeiten, und besonders gilt das von dem Berliner Wohnungsamt. Wer einmal wegen Einzelereignis und ähnlicher lebensnotwendiger Papiere drei bis vier Stunden lang beim Wohnungsamt gestanden hat und den Betrieb und den Ton, in dem mit dem Publikum verkehrt wird, kennt, der wird diese Vorbedingung anerkennen.

Juristische Sprechstunde

Auskünfte in juristischen Angelegenheiten erhalten unsere Abonnenten völlig kostenlos gegen Vorweisung der letzten Quittung täglich von 3-7 Uhr, Breite Straße 8-9, Hof parterre. Sonnabends findet die Sprechstunde von 9-1 Uhr mittags statt. — Auskneiden, aufbewahren.

Zur Frage der Milchverbilligung

Aus dem Rathause wird berichtet: „Mit dem 1. April hört gemäß dem Beschluß der städtischen Körperschaften die Milchverbilligung in der bisherigen Form auf. Sie wird aber in Fällen der Bedürftigkeit in der Weise weitergewährt werden können, daß die Vorsteher der Wohlfahrts- (Armen- usw.) Kommissionen, in Alt-Berlin auch die Bezirksjugendfürsorgestellen, an die übrigen von 1. April an jedoch der bisherigen Frauenwohlfahrtsstellen angegliedert werden, Anträge auf Zuschüsse für die Milchverbilligung zu stellen berechtigt sind. Die Auszahlung der erforderlichen Mittel geschieht demgemäß während der Uebergangszeit, und zwar bis die Wohlfahrts- bzw. Jugendämter in den Bezirken vollständig gebildet sind, durch die Armen- bzw. Wohlfahrtskommissionen. Personen, für welche Anträge auf Beihilfen gestellt werden sollen, müssen sich an die oben erwähnten Kommissionsvorsteher oder Fürsorgestellen wenden.“

Wesentlich scheint uns doch, daß zunächst weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, da ohne Mittel die genannten Organe verbilligte Milch gar nicht bewilligen können.

Kandidaten zum Staatsrat

Heute, Donnerstag, abend, werden die Berliner Stadtverordneten für den Staatsrat, acht Mitglieder und ebensoviele Stellvertreter, wählen. U. a. werden vorgeschlagen Oberbürgermeister Koch und Stadtverordneter Merien von den Demokraten, Justizrat Hallensleben und Dr. Caspar von der Deutschen Volkspartei, Oberdeputierter Hülferding a. d. „Freiheit“, Dr. Weinberg und Gewerkschaftssekretär Reimann von der USPD, Stadtverordneter Wolf Hofmann von den Kommunisten, Dr. Schmidt und Dr. Salzgeber vom Zentrum, sowie Direktor Busch von der Wirtschaftlichen Vereinigung, und Verbandsvorstand Dr. Steiniger und Stadtverordneter Jablan von der Deutschnationalen Volkspartei.

Nichtig frankieren!

Mit dem Inkrafttreten der neuen Postvorschriften müssen die Absender von Briefen und Karten genau auf richtige Frankierung achten, damit die Empfänger nicht Strafporto zahlen müssen. Alle in der Nacht vom 31. März zum 1. April nach 12 Uhr eingeleisteten Sendungen unterliegen der erhöhten Portopflicht. Der Reichsminister hat zur Vermeidung von Beschwerden angeordnet, daß die Hausbriefkästen der Postanstalten und die Briefkästen der Bahnposten, soweit Kräfte dazu im Dienst sind, um 12 Uhr nachts außerordentlich geleert werden. Sendungen aus Briefkästen, die nicht am Mitternacht geleert werden können, sind bei der ersten Leerung am 1. April nicht als unzureichend freigemacht anzusehen, wenn sie nach den niedrigeren Sätzen freigemacht sind.

Das Danaergeschenk

Nach einer Verordnung der Kohlenstelle soll von Freitag ab in den Häusern mit Warmwassererwärmung die Warmwasserleitung wieder in täglichen Betrieb gesetzt werden, und zwar in den Morgenstunden von 9-1 Uhr. Welche Freude! Alle Hausfrauen, alle Mieter von Wohnungen mit Warmwasser aimen erleichtert auf. „Aber“, ich kenne eine Kategorie Mieter, die mit dem Geschenk der Kohlenstelle wohl nichts anfangen wissen wird, es sind die arbeitenden Frauen, die sich den Luxus einer solchen „komfortablen“ Wohnung leisten, weil sie nicht in der Lage sind einen Dienstboten zu halten, der Haus und Kinder tagsüber befreit, während sie ihrem Beruf nachgehen. Aber uns Frauen, die tagsüber schwer gearbeitet haben und abends

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Nach dem Manuskript übertragen von Hermine zur Mühlen Copyright by Der Wolff-Verlag Berlin-Görlitz 1921

„Das ist es wirklich nicht“, beharrte sie. „Bitte, glauben Sie das nicht. Sie sind ein Held, haben sich für die Sache geopfert, werden noch ein Führer werden.“
„Ich hoffe es“, erwiderte Peter bescheiden. „Aber was ist es denn, Genossin Jennie? Weshalb wollen Sie mich nicht lieb haben?“
Sie blickte ihn an, ihre Augen begegneten einander, aufschluchzend meinte sie: „Ich bin kränklich, Genosse Peter, bin ein wertloses Geschöpf, darf nicht heiraten.“
Jemandwo in Peters Innerem, mo sein wirkliches Selbst verborgen lauerte, war ihm, als habe er eine eiskalte Dusche bekommen. „Heiraten!“? Wer hatte denn von Heiraten gesprochen? Peter empfand wie die Bedin einer humoristischen Zeitschrift: „Dies ist so unerwartet!“
Doch war er viel zu klug, um sich seine Bestürzung anmerken zu lassen. Er begütigte die kleine Jennie, sagend: „Wir müssen ja nicht gleich heiraten. Wähte ich, daß Sie mich lieb haben, ich wartete gerne. Eines Tages, wenn Sie gesund sind.“
Sie schüttelte betrübt den Kopf. „Ich werde nie wirklich gesund sein. Außerdem haben wir beide kein Geld, Genosse Peter.“

„Ich könnte Arbeit finden“, entgegnete Peter, wie jeder andere konventionelle Freier.
„Aber Sie könnten nicht genug für uns beide verdienen“, protestierte das Mädchen. Dann sprang sie plötzlich auf. „Genosse Peter, wir wollen uns nicht ineinander verlieben, uns nicht gegenseitig unglücklich machen, wollen lieber für die Sache arbeiten. Versprechen Sie es mir.“
Peter versprach es, doch hatte er selbstverständlich nicht den Vorfall, sein Versprechen zu halten. Er war nicht bloß Debetter, war auch ein Mann und in beiden Eigenschaften verteilte er nach der Genossin Jennie. Während er mit ihr Umschlüge adressierte, warf er ihr hin und wieder zärtliche Blicke zu, und Jennie wußte, was diese Blicke bedeuten, und leichte Röte stahl sich ihr in die Wangen und über den roten. Sie war wirklich sehr hübsch, und Peter fand seine neue Aufgabe äußerst angenehm. Er beobachtete das Mäd-

chen scharf, um keinen Fehler zu begehen, und noch bevor Sadie zum Abendessen heimkehrte, hatte er die Genossin Jennie in den Armen gehalten und ihren schlanken, weichen Hals geküßt, während sie leise schluchzte und ihre wehrenden Worte immer leiser und unverständlicher wurden.

19.
Nun blieb noch ein Problem: Sadie. Bisweilen lag ein strenger Zug um Sadies Lippen, der Peter ähnen ließ, Genossin Sadie habe nicht viel Verständnis für die freie Liebe und wenig Sympathie für irgendwelche Liebe, außer für jene, die sie zu Jennie hegte. Seit Jahren pflegte sie die kleine Schwester, sorgte für sie, nahm sich das Brot fort, um es Jennie zu geben — und Jennie wiederum gab es dem eifrigsten Wanderagitatator, der ins Haus kam. Peter wollte nicht, daß Sadie wisse, was sich in ihrer Abwesenheit ereignete hatte, doch wagte er nicht, Jennie zu überreden, die Schwester zu betrügen.

Er fing es äußerst taktvoll an. Da Jennie abermals hitend sagte: „Wir dürfen dies nicht tun, Genosse Peter“, stimmte er ihr bei und meinte, sie dürften wirklich nicht und würden es auch nicht mehr tun. Jennie glättete ihr Haar, zog sich die Bluse zurecht, und Peter bemerkte, daß sie es Sadie nicht erzählen werde.

Am folgenden Tag küßten sie einander abermals, und sagten von neuem, sie dürften es nicht mehr tun, und auch diesmal verriet Jennie der Schwester nichts. Bald gelang es Peter, ihr einzureden, ihre Liebe gehe nur für beide etwas an, sie dürften augenblicklich niemand davon erzählen, würden das köstliche Geheimnis für sich bewahren, das könne niemandem schaden. Jennie hatte einmal von einer Diäteterin, namens Mrs. Browning, gelesen, die ihr Leben lang gekränkelt hatte, und durch eine große wundersame Liebe geheilt worden war. Eine solche Liebe war nun auch ihr geschenkt worden, aber Sadie würde dies vielleicht nicht begreifen, würde glauben, sie kannten einander noch nicht gut genug und sollten noch warten. Sie jedoch wußten, daß sie einander genau kannten, daß kein Grund zu Angst noch Sorge vorliegt. Peter schloß Jennie all diese Gedanken ein, als wären es ihre eigenen.

Er umwarb sie den ganzen Tag, während er ihr Umschlüge adressierte und Zirkulare für das Goobers-Verteidigungs-Komitee veränderte half. Er arbeitete tatsächlich fleißig, hatte nichts gegen Arbeit, nun, da Jennie neben ihm lag, er ihre Hand ergreifen, ihr leidenschaftliche Worte zuküßern konnte. Köstliche Freude und Erregung erfüllten ihn, seine Hoffnungen fliegen, wie die Flut — doch ebden sie stets wieder ab.

Immer von Neuem ließ er gegen eine Steinmauer, kam nicht weiter.

Peter sah ein, daß Mc Ginnons Geschwäh von der freien Liebe auf einem bösen Irrtum beruhe. Die kleine Jennie glich allen anderen Frauen — ihre Liebe war keineswegs frei. Die kleine Jennie wollte einen Gatten haben, jedesmal, wenn Peter sie küßte, begann sie vom Heiraten zu reden, und er wagte nicht, andere Andeutungen zu machen, aus Angst, alles zu verderben. Derart mußte Peter nach Methoden vorgehen, die älter waren, als alle Lehren der Koth. Er umwarb die kleine Jennie nicht nach Art eines Menschen, der an die freie Liebe glaubt, sondern wie ein Mann, der ganze Tage lang allein mit einem siebzehnjährigen Mädchen ist und es verführen will. Er schwor, er liebe sie mit einer ewigen, unsterblichen Liebe, schwor, er werde Arbeit finden und für sie sorgen. Dann ließ er sie entdecken, er leide Fieberqualen, könne ohne sie nicht leben. Er küßte ihre Güte, ihre Unschuld, ihre klägliche, schwache Sentimentalität aus, die sie dazu veranlaßte, an Pazifismus, Altruismus, Sozialismus und alle möglichen anderen „Ismen“ zu glauben.

In wenigen Wochen war es Peter gelungen, die kleine Jennie im Sturm zu erobern. Wie glücklich er war! Peter, der nun seinen ersten Schatz hatte, sah ein, daß er zum Detektiv geboren war. Peter wußte, nun sei er ein echter Detektiv, der die wahre Methode kenne und allen Geheimnissen des Goobers-Halles auf der Spur war.

Und wirklich, es gelang ihm gar bald, Geheimnisse zu erfahren. Jennie war verliebt, Jennie war gleichermäßen vor Liebe trunken, erfüllte auf diese Art die von Guffey festgelegten Bedingungen. Und Jennie sprach die Wahrheit. Auf Peters Knien sitzend, von den glücklichen Tagen der Kindheit erzählend, da Vater und Mutter noch nicht in einer Fabrik umgekommen waren, erwähnten sie einen jungen Mann, namens Betts.

„Betts?“ fragte Peter. Es war ein merkwürdiger Name und dachte ihn bekannt.

„Ein Better“, sagte Jennie.

„Kenne ich ihn?“ fragte Peter, sein Gedächtnis durchforschend.

„Nein, er ist nicht hier gewesen.“

„Betts?“ wiederholte er, noch immer nach Erinnerungen tastend, und plötzlich fiel ihm etwas ein. „Heißt er nicht Tad?“

Jennie schloß einen Augenblick. Sie blickte Peter an und er bemerkte, daß sie erschrocken war. „Oh, Peter“, flüsterte sie. „Ich hätte es nicht sagen dürfen, ich hätte es keinem Menschen sagen dürfen.“ (Fortsetzung folgt.)

nach Hause kommen, um wieder zu arbeiten. Über- rascht eine solche Maßnahme durchaus nicht. Wir können uns nicht erinnern, jemals Gegenstand besonderer Sorge der Behörden, der Lebensmittelzuteilung und sonstiger Verwaltungsstellen während des Krieges gewesen zu sein. Wir haben noch nicht vergessen, daß wir monatlich kein Fleisch, keine Butter in unserem Haushalt für unsere Kinder bekommen haben, weil wir keine Zeit hatten zu kochen. Auch Brot haben wir sehr oft aus dem gleichen Grunde nicht bekommen können, und wir erinnern uns, daß wir, die wir abgearbeitet und müde nach Hause kamen, um nun die Wirtschaft zu machen, um hundert Gramm Getreide so manche Stunde haben stehen müssen. So sind wir nicht überrascht, wenn heute die Kohlenstelle mit geradezu übermäßigem Scharfsinn wieder nur dem Bequemlichkeitsbedürfnis der bestehenden Klassen entgegenkommt — die Arbeiterin geht auch diesmal leer aus. Aber nicht nur das. Dafür, daß sie nicht in der Lage ist, von 9-1 Uhr das warme Wasser zu verwenden, hat sie eine Strafe zu zahlen. Denn, heißt es sehr präzis, daß wiederum, wie bei der Zentralheizung, für die Kosten des dadurch erhöhten Kohlenverbrauchs die Mieter neun Zehntel, der Hauswirt ein Zehntel aufzubringen haben. Also merke es dir, Arbeitsschweizer — die Warmwasserheizung in deinem Hause wird den „Herrschaften“ geliefert, du aber, die du tagtäglich arbeitest, hast zur Strafe dafür, daß du arbeitest, lediglich zu zahlen.

Die Siegesklausen-Mitglieder sind gestern der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden, nachdem die Ermittlungen zur Aufklärung des Anschlages abgeschlossen sind. Alle Beschäftigten haben ein Geständnis abgelegt, und bei ihren Vernehmungen auch weitere Einzelheiten über den Dynamitanschlag und die getroffenen Vorbereitungen dazu genannt. Danach haben sich die Beschuldigten an verschiedenen Stellen getroffen, das erstmalig in einem Lokal in der Perleburger Straße. In diesen Zusammenkünften sei ein Mann aufgetreten, der erklärt habe, daß die Revolution viel zu langsam vorwärts schreite. Mehrere von ihnen waren schon einige Abende vor dem Anschlage auf dem Königsplatz gewesen und hatten dort zunächst versucht, ob es ihnen auch gelingen werde, die Eisenkiste zu öffnen. Als sie dies feststellen konnten, trafen sie sich dann verabredungsgemäß bei Wolff, um von dort aus um vier Uhr morgens zum Tatort zu gehen. Der Sprengungsversuch ist deshalb nicht geglückt, weil die Mitentzündung um ihr Leben hingehen. Sie hatten, weil sie befürchteten, daß die Zündschnur schneller abrennen und die Explosion eher erfolgen könne, als sie sich in Sicherheit bringen konnten, die Zündschnur noch verlängert, und durch diese Verlängerung mißglückte die Entzündung der Sprengmasse. Die Waage stehenden Mitglieder der Bande waren auch schon, bevor noch der verahnte Puff ertönt war, davonlaufen, weil auch sie große Angst hatten, daß sie sich dann nicht mehr rechtzeitig aus der Gefahrenzone begeben könnten.

In das Irrenhaus entflohen ist ein alter Verbrecher, als er nach Festnahme seiner beiden Spießgesellen jetzt von der Kriminalpolizei verhaftet werden sollte. In der Villa eines hiesigen Großindustriellen in Turow-Pleskow war im November a. J. ein Einbruch ausgeführt worden, bei dem den Dieben Silberlaken und Teppiche im Werte von 150.000 M. in die Hände gelangen waren. Von den Tätern war zunächst keine Spur zu finden. Jetzt tauchte plötzlich das Silberzeug auf. Als es zum Verkauf angeboten wurde, beschlagnahmte es die Kriminalpolizei und stellte dabei fest, daß die Täter, ein Schankwirt Hermann, ein gewisser Kwiksch und ein Hermann Schmidt waren. Sie hatten nach dem Einbruch die gestohlenen Sachen in die Wohnung des Schankwirts gebracht und dort das Silberzeug bis jetzt aufbewahrt. Die Teppiche müßten sie bereits vorher verkauft haben, doch ist ihr Verbleib nicht festzustellen. Als Hermann und Kwiksch verhaftet worden waren und nun auch Schmidt seine bevorstehende Festnahme vorausahndet, begab er sich in ein Irrenhaus, wo er früher schon zur Beobachtung seines Geisteszustandes untergebracht, aber später entsprungen war.

17 Sack Raffee erbeutete eine Einbrecherbande, die in der g-Strigen Koche der Kaiser-Großhandlung von J. E. Hofmann u. Komp. in der Wallstr. 17 einen Besuch abstatte.

Klein ist ein anderer Klein. Der am Montag nachmittag an der Warthener-Brücke wegen Waffentransport verhaftete Paul Klein läßt uns durch seine Angehörigen mitteilen, daß er mit dem non un charakterisierten Klein, der sich in Kiel proletarisch betätigte, nicht identisch ist.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde am Mittwoch mittig die Berliner Feuerweh nach der Hausburgstr. 4, am Zentralbahnhof, gerufen. Als der 7. Völzjug an der ernsten Brandstelle ankam, fand der Dachstuhl des großen Mietshauses schon total in Flammen. Die Feuerwehr hatte mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit mühsam zu löschen, um des großen Brandes Herr zu werden. Leider verunglückten dabei mehrere Beamte.

Die Abhängigkeitsbeschränkungen zugunsten Schwerbeschädigter, wie sie die Gesetze vom 6. 4. 20 und 22. 10. 20 für eine Lebensdauerzeit für notwendig erachtet haben, sind durch Verordnung des Reichsarbeitsministeriums zunächst bis zum 30. 4. 21 verlängert worden. Eine Vorlage des Reichsarbeitsministeriums, welche für die Zukunft eine Reihe von Änderungen des bisherigen Rechtszustandes vorsieht, liegt zurzeit dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages vor und wird sofort nach der Osterpause in Behandlung genommen werden.

Kriegsgefangenenheimkehrer in Neufeld. Die noch ständige Rückkehr von Kriegsgefangenen, deren Entlassung gemäß dem zwischen dem Deutschen Reich und Rußland getroffenen Abkommen weiterhin planmäßig vor sich geht, läßt die Einstellung der der Kriegsgefangenenheimkehrer Neufeld übertragenen Obliegenheiten bis auf weiteres nicht zu. Seit Inkrafttreten dieses Abkommens sind u. a. auch 180 Neufelder Bürger, die 4 bis 6 Jahre in russischer Gefangenschaft zugebracht haben, in ihre Heimat zurückgeführt. Entsprechend den für die Gewährung einer wirtschaftlichen Beihilfe gegebenen Vorschriften konnte diesen Heimkehrern über die erste Not hinweggeholfen werden. Die Beihilfen werden zum Teil noch dadurch erweitert, daß die Stadt Neufeld unbeschadet der durch die Reichsrentenstelle für Kriegs- und Zivilverwundete gezogenen Grenzen den besonders hart betroffenen Kriegsgefangenen Sonderunterstützungen gewährt. In 209 Fällen wurden für beratende Zwecke bis zum 28. Februar 1921 rund 57.129 M. verausgabt. Die Gesamtaufwendungen für wirtschaftliche Beihilfen, die 3455 Neufelder Kriegsgefangenen zu gute kamen, belaufen sich bis zum genannten Tage auf 669.060 M.

Stenogramm des 15. Verwaltungsrates, am Donnerstag, den 31. März, abends 7 1/2 Uhr, bei Schneider, Niederbarnowstraße, Brückenstr. 3, wichtige Versammlung. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl, 2. Aussprache über das Schulprogramm des Oberlehrertrats Paulsen, 3. Verschiedenes.

3. Verwaltungsrat (Weddis). Die Mitglieder der Fraktion, Bezirksvereine, Stadträte und Obmänner treffen sich nach erfolgter Einführung am Freitag im Ledigenheim, Brunnenplatz, zu einer dringenden Besprechung.

20. Verwaltungsrat. Sonnabend, 7 1/2 Uhr, im Gesangschor des Gymnasiums Reinholdstr., Bernstr. 8, Generalsammlung. Delegierten sind von dem Vorsitzenden ausgestellt. Ohne Einladungen und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Aus der Parteipresse

Die beiden erschienenen Nr. 12 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitung „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Die Schuldfrage von Rud. Breitscheid; Eine Anklage gegen Moskau von G. M. Serrati; Die Tragödie der Republik Georgien von Paul L. Berg; Rasse und Klasse von Otto Zornen.

„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breit- schied, Berlin W. 18, zum Preise von vierteljährlich 15.— M., Einzelnummer 1.50 M., zu beziehen.

Gewerkschaftliches

Tagung des Ausschusses des A. D. G. B.

Am 22. und 23. März fand in Berlin die zwölfte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Der neue Bundesvorsitzende Leipzig widmete seinem verstorbenen Amtsvorgänger in einer Ansprache einen warmen Nachruf und betonte, daß der Vorstand und Ausschuss des A. D. G. B. gemeinsam eine schwere Verantwortung bei der Erledigung der Geschäfte zu tragen habe, da die Kriegssorgen die Arbeiterschaft am schwersten bedrückten. Die größte Sorge sei die Not der Arbeitslosen und die besten Kräfte müßten herangezogen werden, um den Arbeitslosen zu helfen. Die Maßnahmen des Bundes seien durch das Vorgehen der Entente leider zum größten Teil durchkreuzt. Die Folgen der Sanktionen hätte in erster Linie die Arbeiterschaft zu tragen, da dadurch eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit eintreten würde.

Der gedruckt vorliegende Geschäfts- und Kassenbericht des Bundesvorstandes für das Jahr 1920 wurde durch Grafmann ergänzt. Ruhe berichtete über die Bemühungen des Bundesvorstandes, für sich eine bessere Bekämpfung zu verschaffen. Da diese im Berliner Gewerkschaftshaus nicht möglich sei, müßte man zur Erwerbung eines eigenen Hauses schreiten. Ein Antrag des Bundesvorstandes, daß sämtliche Gewerkschaften zu diesem Zweck für jedes ihrer Mitglieder 50 Pfennig an die Bundeskasse abzuführen müßte, wurde nach längerer Aussprache angenommen.

Quitt berichtete dann über das zu erwartende Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit. In einer im Reichsarbeitsministerium abgehaltenen Sitzung entwickelte der Reichsarbeitsminister Brauns seine Ansicht darüber, wie die Produktivität der Arbeit gehoben werden könnte. Dabei sei davon die Rede gewesen, ob auch die Zeit der Arbeitsbereitschaft in den verschiedenen Berufsarten als Arbeitszeit mitzurechnen sei. Da in nächster Zeit die Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Regelung der Arbeitszeit zu erwarten sei, hätten die Gewerkschaften Ursache, die Sache die größte Aufmerksamkeit zu widmen. In der sich hieran anschließenden Aussprache sprachen sich die Vertreter der Gewerkschaften unter allen Umständen für das Festhalten am Achtstundentage aus. Zu den Vorberatungen über den Gesetzentwurf müßten stets die Vorstände der Gewerkschaften hinzugezogen werden.

Ueber die von den Kommunisten inszenierte Streikbewegung in Mitteldeutschland stimmte der Ausschuss einer Entschließung des Bundesvorstandes zu, die wir bereits in Nr. 139 der „Freiheit“ abgedruckt haben.

Hinsichtlich der organisatorischen Beziehungen zum Afa-Bund und zum Deutschen Beamtenbund wurde nach längerer Aussprache eine Entschließung angenommen, in der der Ausschuss eine Zustimmung zu dem Ergebnis der zwischen A. D. G. B. und Afa geführten Verhandlungen gibt. Grundsätzlich wird darin anerkannt, daß der A. D. G. B. die Arbeiter und der Afa-Bund die Angestellten gewerkschaftlich organisieren soll. Der A. D. G. B. und der Afa-Bund behalten beide ihre Selbständigkeit, verpflichten sich aber zu einem jahresweise zusammenzufassenden Zusammenwirken in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter und Angestellten gemeinsam berühren. In gleicher Weise haben die Ortsausschüsse des A. D. G. B. mit den Ortsorganisationen des Afa-Bundes die beiderseitigen Bezirks- oder Landesorganisationen sowie insbesondere auch die gleichartigen Fach- und Industriegruppen ständig zusammenzuwirken. Der Ausnahme des Afa-Bundes in den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdamer) wird unter der Voraussetzung zugestimmt, daß der letztere geltende Grundsätze erhalten bleibt, wonach in jedem Lande nur eine Landeszentrale des I. G. B. bestehen darf. Der Bundesvorstand wird beauftragt, die Verhandlungen mit dem deutschen Beamtenbund über eine Aarstellung eines Standpunktes gegenüber den Organisationen der Arbeiter und Angestellten fortzusetzen und mit unlässiger Beachtung zum Abschluß zu bringen. Auf ein schriftlich festzulegendes Abkommen behält sich der Bundesausschuss die weitere Beschlussfassung für die nächste Sitzung vor.

Georg Schmidt vom Landarbeiterverband hielt dann ein Referat über die Anhebung überschüssiger Industriearbeiter auf dem Lande. Er warnte davor, sich Hoffnungen hingeben über Stellungen auf Oed- und Moorland, jedoch könne man dafür einsetzen, daß in der Umgebung von Großstädten für Industriearbeiter keine Stellungen errichtet werden. In der Aussprache nahm der Ausschuss eine wohlwollende Stellung zum Stellungenangebot an.

Zur Frage der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge entwarf Adolf Cohen in einem Referat ein erschöpfendes Bild von der ungeheuren Arbeitslosigkeit und der Schwierigkeit der Abhilfe. Es bleibe kein anderes Mittel, als die Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend den bekannten Forderungen des A. D. G. B. In der Aussprache hierüber kam zum Ausdruck, daß der Kampf um die Durchföhrung dieser Forderungen vor allem die Solidarität der Arbeitenden notwendig mache. Schließlich erklärte sich der Ausschuss mit den Forderungen des Bundesvorstandes einverstanden. Weiter stimmte der Ausschuss einer Anfrage des Genossen Saha zu, wonach der Bundesvorstand beauftragt wird, Maßnahmen zu ergreifen, falls durch das Inkrafttreten der Londoner Beschlüsse eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit eintritt.

Der Bundesausschuss beschäftigte sich dann noch mit der Lösung des Anstellersverhältnisses des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeeangestellten (Genfer Verband) zum A. D. G. B. Da dieser sich entgegen dem Versprechen seines Vorstandes der Einheitsorganisation nicht angeschlossen hat, kommt in Zukunft als freigewerkschaftliche Organisation im Gastwirts- und Kaffeeangestellten-Verband der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Kaffeeangestellten in Betracht.

Von der Verwaltung des Leipziger Volkshauses lag ein Gesuch um Darlehen zum Wiederaufbau vor. Es wurde den einzelnen Verbänden anheimgestellt, sich daran zu beteiligen.

Zu dem im November 1921 in Paris stattfindenden nächsten Internationalen Gewerkschaftskongress sollen die Verbände Anträge bis Anfang Mai an den Bundesvorstand einreichen.

Jam Schluß wurden die Gewerkschaften, die Teilnehmer zu den Kursen an der Arbeiter-Akademie in Frankfurt a. M. entsenden, aufgefordert, sich über möglichst einheitliche Entschädigungssätze für die Teilnehmer an den Kursen zu verständigen.

Kampf in der Metallindustrie der deutschen Gebiete in der Tschechoslowakei

Vom Internationalen Metallarbeiterverband, sich in Rowatun (Böhmen), wird uns geschrieben:

Ein Kampf von ungeheurer Tragweite und heute noch nicht absehenden Folgewirkungen ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Metallindustrie der deutschen Gebiete in der Tschechoslowakei ausgebrochen, ein Kampf, der nicht nur die an demselben direkt beteiligten Parteien hart treffen wird, sondern auch für die übrige am Kampf nicht beteiligte Arbeiterschaft verhängnisvolle Folgen zeitigen kann. Es ist das erste Mal, daß in unserer Industrie eine solche große Schlichte gefällig wird und beide Parteien — Arbeiter und Unternehmer — werden ihre ganze Kraft einbringen, damit sie Sieger bleiben. Aus Kleinigkeiten können entstehen, ist dieser Kampf doch zu einem Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit geworden, und die Unternehmer wollen die für sie besonders günstige Zeit der wirtschaftlichen Stagnation denken, um den Arbeitern die Ertrungenschaften der Kap-

riegszeit wieder zu entziehen. Der reaktionäre Machtkampf, der prologische Scharfmacherlandpunkt hat diesen Kampf diktiert und ist es die Absicht der Unternehmer, die Arbeiter wieder zu reaktionären Sklaven zu machen, wie es in der Vorkriegszeit der Fall war.

- Die Arbeiter stellen u. a. folgende Forderungen:
1. Stabilisierung der Löhne, Erneuerung der Verträge zu dem jetzt bestehenden Löhnen auf eine längere Zeit, wenn möglich 6 Monate.
 2. Der neue Kollektivvertrag (prinzipielle Vereinbarungen) muß auf Grund der bereits gepflogenen Verhandlungen, bis 31. März neu abgeschlossen sein.
 3. An Stelle der Lohnforderungen wird eine einmalige Zahlung verlangt, über deren Höhe und Art die Unternehmervertreter Gegenvorläge machen sollen.
 4. Es ist durch eine Kommission festzustellen, welche Firmen unberücksichtigt sind, eine solche Zahlung zu machen, und sollen diejenigen, bei denen dies zutrifft, von dieser Verpflichtung ausgeschlossen werden.
- Ueber den weiteren Verlauf dieses Kampfes unserer deutschen Brüder in der Tschechoslowakei werden wir noch berichten.

Beabsichtigte Aussperrung

Wie uns vom Betriebsrat der Firma R. Küttiger, Hohenschönhausen mitteilt, beabsichtige diese, einen Teil der Belegschaft, der die Arbeit gekümmert nicht aufgenommen hatte (etwa 70 Mann) nicht wieder einzustellen. Nach Verhandlungen mit dem Betriebsrat erklärte sich die Firma bereit, die ganze Belegschaft unter der Bedingung wieder einzustellen, daß am heutigen Donnerstag die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen wird. Es liegt im Interesse der Beteiligten, daß sie dieser Abmachung Folge leisten.

Verbindlichkeitserklärung

Zwischen dem Arbeitgeberverband der Verbände mittelständischer Groß-Berlin und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, ist am 22. Dezember 1920 ein Nachtrag zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 27. März 1920 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter in der Verbandsmittelindustrie im Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin abgeschlossen worden. Dieser Nachtrag wird für den genannten Berufsstand und das bezeichnete Tarifgebiet gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Dezember 1920. Mit dem gleichen Zeitpunkt wird die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 27. März 1920 und des Nachtrages vom 22. April 1920 auf das Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin beschränkt.

Arbeiter, Betriebsräte, Vertrauensleute und Generalversammlungsdelegierte verammeln sich am Freitag, den 1. April, nachm. 8 Uhr, im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Unternehmer schlagen eine Verkleinerungstatistik ein, es gilt geplante Verkleinerungen abzuwehren.
Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Berlin.
L. S. F. Hölzer, Bohrer, Schloßer, Fräser, Schulaua Köppler, am Donnerstag, den 31. März, abends 7 Uhr, Mitgliedsbuch der Partei legitimiert. Bekannte Kollegen und Kolleginnen können eingeführt werden.

Aus den Organisationen

- Donnerstag, 31. März
- 17. März. Die Bezirksleiter werden gebeten, sämtliche Reichslisten, Gewerkschafts- und Mitgliedslisten bei den Untertarbeitsstellen abzugeben, da dieselben bis Sonntag, den 2. April, allen Material zum Genauen Real zurückgeben müssen (siehe Nr. 139).
 - 18. März. 7 1/2 Uhr Generalsammlung in der Halle der 4. Gemeindefabrik, Kurfürstendamm. In Anwesenheit der außerordentlich wichtigen Tagungsleitung haben alle Genossen und Genossinnen anwesend zu erscheinen.
 - 4. März. Abends 7 1/2 Uhr Nachschichtung bei Pier, Tauentz. 9.
 - 12. März. Abends 7 Uhr einmündige Zusammenkunft bei Heilmann, Poststr. 8.
 - 14. und 15. März. Abends 8 1/2 Uhr findet wieder die Arbeitsschicht in der Todamer Str. 3, Schulaua, statt.
 - 14. 15. März. 10 Uhr in der Charlottenburg, 7 1/2 Uhr Sitzung des 1. Einheitsrates bei Kahlert, Lindenburger Str. 79.
 - 15. März. Abends 7 Uhr Bezirksversammlung bei Kahlert.
 - 15. März. Nachmittags 5 Uhr Sitzung bei Tautawitz, C. 119.
 - 17. März. 1. Uhr. Generalsammlung. Abends 7 Uhr Sitzung bei Kahlert, Lindenburger Str. 79. Alle ehrenamtlich tätigen Genossen der 1. Uhr. werden gebeten, zu erscheinen. Nach Nachschichtung.
 - 17. März. 2. Uhr. Sitzung. Abends 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Kahlert, Lindenburger Str. 79. Sämtliche ehrenamtlich tätigen Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
 - Spezial. Abends 7 1/2 Uhr öffentliche Generalsammlung im Generalschulhaus: Jahresbericht, Festanmeldung, politische Lage.
 - Kommunale Kommission, 19. März. Sitzung der Untertarbeitsstellen bei Kahlert, Lindenburger Str. 79. Beginn 7 Uhr.

Sonntag, 3. April

Die alle Ortsgruppen von 10 bis 12 Uhr. Die Bezirksleitung hat beschlossen, am Sonntag, den 3. April, abends 10 Uhr, in Berlin, Hauptbahnhof, öffentliche Generalsammlung, 2. Uhr. eine außerordentliche Generalsammlung abzuhalten. Tagesordnung: 1. Bericht des Genossen Vorstandsvorsitzenden Kahlert über die Arbeit der Ortsgruppen und die nächsten Aufgaben der Partei; 2. Bericht des Genossen über die Tätigkeit der Ortsgruppen. Die Zahl der Delegierten ist nicht festzusetzen. Der Ortsgruppenleiter hat die Möglichkeit, Delegierte zu entsenden und dieselben mit Legitimation zu versehen.

Veranstaltungen

- Donnerstag, 31. März
- Verband Holzarbeiter. Abends 7 1/2 Uhr in der Oberrealschule Niebnerstraße 12. Vortrag: „Der Kampf um den politischen Kampf“.
 - Mittelständischer Arbeiter-Verband. (Hilf. Partei.) Abends 7 Uhr Erklärung des Genossen Kahlert in der Schule Niebnerstr. 12. Anmerkungen werden dort entgegengenommen.
- Freitag, 1. April
- Deutscher Transportarbeiter-Verband. Abends 7 1/2 Uhr in der Schulaua, Lindenburger Str. 79. Bericht des Genossen über die Tätigkeit der Ortsgruppen und die nächsten Aufgaben der Partei; 2. Bericht des Genossen über die Tätigkeit der Ortsgruppen. Die Zahl der Delegierten ist nicht festzusetzen. Der Ortsgruppenleiter hat die Möglichkeit, Delegierte zu entsenden und dieselben mit Legitimation zu versehen.
 - Verband der Holz- und Holzverarbeiter. Abends 7 1/2 Uhr in der Schulaua, Lindenburger Str. 79. Bericht des Genossen über die Tätigkeit der Ortsgruppen und die nächsten Aufgaben der Partei; 2. Bericht des Genossen über die Tätigkeit der Ortsgruppen. Die Zahl der Delegierten ist nicht festzusetzen. Der Ortsgruppenleiter hat die Möglichkeit, Delegierte zu entsenden und dieselben mit Legitimation zu versehen.
 - Abends 7 1/2 Uhr Generalsammlung im Regen-Koln, C. 117. Tagesordnung: 1. Bericht des Genossen über die Tätigkeit der Ortsgruppen und die nächsten Aufgaben der Partei; 2. Bericht des Genossen über die Tätigkeit der Ortsgruppen. Die Zahl der Delegierten ist nicht festzusetzen. Der Ortsgruppenleiter hat die Möglichkeit, Delegierte zu entsenden und dieselben mit Legitimation zu versehen.
 - Abends 7 1/2 Uhr Generalsammlung im Regen-Koln, C. 117. Tagesordnung: 1. Bericht des Genossen über die Tätigkeit der Ortsgruppen und die nächsten Aufgaben der Partei; 2. Bericht des Genossen über die Tätigkeit der Ortsgruppen. Die Zahl der Delegierten ist nicht festzusetzen. Der Ortsgruppenleiter hat die Möglichkeit, Delegierte zu entsenden und dieselben mit Legitimation zu versehen.
 - Abends 7 1/2 Uhr Generalsammlung im Regen-Koln, C. 117. Tagesordnung: 1. Bericht des Genossen über die Tätigkeit der Ortsgruppen und die nächsten Aufgaben der Partei; 2. Bericht des Genossen über die Tätigkeit der Ortsgruppen. Die Zahl der Delegierten ist nicht festzusetzen. Der Ortsgruppenleiter hat die Möglichkeit, Delegierte zu entsenden und dieselben mit Legitimation zu versehen.
- Sonntag, 2. April
- Streikverband der Metall- und Eisenarbeiter. Ortsgruppe Groß-Berlin. Nachm. 4 Uhr öffentliche Versammlung, Schulaua, Lindenburger Str. 79.
- Sonntag, 3. April
- Preis-Konferenz Holzarbeiter-Verband. Nachm. 2 Uhr in der Halle, Hauptbahnhof, Berlin. Vortrag über Holzindustrie. Sämtliche Holzarbeiter-Genossen sind dazu herzlich eingeladen. Karten hierzu sind in den Ortsgruppen und im Büro des Holzarbeiter-Verbandes, Tauentz. 9, zu haben. Karte 2 M., für Jugendliche bis 17 Jahre 1 M.
- Montag, 4. April
- Streikverband der Metall- und Eisenarbeiter. Ortsgruppe Groß-Berlin. Nachm. 4 Uhr Versammlung, Schulaua, Lindenburger Str. 79.
- Lebensmittelkalender
- April. Auf die Berliner Lebensmittelkarte, Nummer 1230, 1231, 1232, 1233, 1234, 1235, 1236, 1237, 1238, 1239, 1240, 1241, 1242, 1243, 1244, 1245, 1246, 1247, 1248, 1249, 1250, 1251, 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1257, 1258, 1259, 1260, 1261, 1262, 1263, 1264, 1265, 1266, 1267, 1268, 1269, 1270, 1271, 1272, 1273, 1274, 1275, 1276, 1277, 1278, 1279, 1280, 1281, 1282, 1283, 1284, 1285, 1286, 1287, 1288, 1289, 1290, 1291, 1292, 1293, 1294, 1295, 1296, 1297, 1298, 1299, 1300, 1301, 1302, 1303, 1304, 1305, 1306, 1307, 1308, 1309, 1310, 1311, 1312, 1313, 1314, 1315, 1316, 1317, 1318, 1319, 1320, 1321, 1322, 1323, 1324, 1325, 1326, 1327, 1328, 1329, 1330, 1331, 1332, 1333, 1334, 1335, 1336, 1337, 1338, 1339, 1340, 1341, 1342, 1343, 1344, 1345, 1346, 1347, 1348, 1349, 1350, 1351, 1352, 1353, 1354, 1355, 1356, 1357, 1358, 1359, 1360, 1361, 1362, 1363, 1364, 1365, 1366, 1367, 1368, 1369, 1370, 1371, 1372, 1373, 1374, 1375, 1376, 1377, 1378, 1379, 1380, 1381, 1382, 1383, 1384, 1385, 1386, 1387, 1388, 1389, 1390, 1391, 1392, 1393, 1394, 1395, 1396, 1397, 1398, 1399, 1400, 1401, 1402, 1403, 1404, 1405, 1406, 1407, 1408, 1409, 1410, 1411, 1412, 1413, 1414, 1415, 1416, 1417, 1418, 1419, 1420, 1421, 1422, 1423, 1424, 1425, 1426, 1427, 1428, 1429, 1430, 1431, 1432, 1433, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1440, 1441, 1442, 1443, 1444, 1445, 1446, 1447, 1448, 1449, 1450, 1451, 1452, 1453, 1454, 1455, 1456, 1457, 1458, 1459, 1460, 1461, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1467, 1468, 1469, 1470, 1471, 1472, 1473, 1474, 1475, 1476, 1477, 1478, 1479, 1480, 1481, 1482, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1491, 1492, 1493, 1494, 1495, 1496, 1497, 1498, 1499, 1500, 1501, 1502, 1503, 1504, 1505, 1506, 1507, 1508, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1517, 1518, 1519, 1520, 1521, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1528, 1529, 1530, 1531, 1532, 1533, 1534, 1535, 1536, 1537, 1538, 1539, 1540, 1541, 1542, 1543, 1544, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1550, 1551, 1552, 1553, 1554, 1555, 1556, 1557, 1558, 1559, 1560, 1561, 1562, 1563, 1564, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1570, 1571, 1572, 1573, 1574, 1575, 1576, 1577, 1578, 1579, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1586, 1587, 1588, 1589, 1590, 1591, 1592, 1593, 1594, 1595, 1596, 1597, 1598, 1599, 1600, 1601, 1602, 1603, 1604, 1605, 1606, 1607, 1608, 1609, 1610, 1611, 1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617, 1618, 1619, 1620, 1621, 1622, 1623, 1624, 1625, 1626, 1627, 1628, 1629, 1630, 1631, 1632, 1633, 1634, 1635, 1636, 1637, 1638, 1639, 1640, 1641, 1642, 1643, 1644, 1645, 1646, 1647, 1648, 1649, 1650, 1651, 1652, 1653, 1654, 1655, 1656, 1657, 1658, 1659, 1660, 1661, 1662, 1663, 1664, 1665, 1666, 1667, 1668, 1669, 1670, 1671, 1672, 1673, 1674, 1675, 1676, 1677, 1678, 1679, 1680, 1681, 1682, 1683, 1684, 1685, 1686, 1687, 1688, 1689, 1690, 1691, 1692, 1693, 1694, 1695, 1696, 1697, 1698, 1699, 1700, 1701, 1702, 1703, 1704, 1705, 1706, 1707, 1708, 1709, 1710, 1711, 1712, 1713, 1714, 1715, 1716, 1717, 1718, 1719, 1720, 1721, 1722, 1723, 1724, 1725, 1726, 1727, 1728, 1729, 1730, 1731, 1732, 1733, 1734, 1735, 1736, 1737, 1738, 1739, 1740, 1741, 1742, 1743, 1744, 1745, 1746, 1747, 1748, 1749, 1750, 1751, 1752, 1753, 1754, 1755, 1756, 1757, 1758, 1759, 1760, 1761, 1762, 1763, 1764, 1765, 1766, 1767, 1768, 1769, 1770, 1771, 1772, 1773, 1774, 1775, 1776, 1777, 1778, 1779, 1780, 1781, 1782, 1783, 1784, 1785, 1786, 1787, 1788, 1789, 1790, 1791, 1792, 1793, 1794, 1795, 1796, 1797, 1798, 1799, 1800, 1801, 1802, 1803, 1804, 1805, 1806, 1807, 1808, 1809, 1810, 1811, 1812, 1813, 1814, 1815, 1816, 1817, 1818, 1819, 1820, 1821, 1822, 1823, 1824, 1825, 1826, 1827, 1828, 1829, 1830, 1831, 1832, 1833, 1834, 1835, 1836, 1837, 1838, 1839, 1840, 1841, 1842, 1843, 1844, 1845, 1846, 1847, 1848, 1849, 1850, 1851, 1852, 1853, 1854, 1855, 1856, 1857, 1858, 1859, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1865, 1866, 1867, 1868, 1869, 1870, 1871, 1872, 1873, 1874, 1875, 1876, 1877, 1878, 1879, 1880, 1881, 1882, 1883, 1884, 1885, 1886, 1887, 1888, 1889, 1890, 1891, 1892, 1893, 1894, 1895, 1896, 1897, 1898, 1899, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000.

Die einmalige Einschulung

K. K. L. Die Frage der einmaligen Einschulung hat in den Kreisen der Elternschaft und in einem Teil der Lehrerschaft Berlins große Beunruhigung hervorgerufen. Diese Beunruhigung ist wohl zum Teil durch eine Schrift von Fischer und Engel, die seinerzeit in der „Freiheit“, scharf von mir kritisiert wurde, gesteigert worden. In dem nachfolgenden sollen die Unterlagen für eine sachliche Beurteilung der Frage geschaffen werden.

Vorzug sei erwähnt, daß die einmalige Einschulung in Deutschland die Regel und im Ausland ausnahmslos ist. Außer Berlin sind es nur ganz wenige Städte, in denen mehr als einmal eingeschult wird. In der pädagogischen Literatur haben sich Praktiker und Theoretiker fast durchgängig für einmalige Einschulung ausgesprochen. Außerdem ist eine reichsrechtliche Anordnung der einmaligen Einschulung mit ziemlicher Sicherheit bald zu erwarten. Leider scheint man sich im Reichsrat durch den Einfluß Preußens auf den Ostertermin geeinigt zu haben. Praktischer und besser für das Proletariat wäre allerdings eine Einschulung etwa im September mit der Folge, daß das Schuljahr nicht in vier, sondern in drei Teile zu teilen wäre und an das Ende des Schuljahres verlängerte große Sommerferien gelegt würden. Besonders unserer Großstadtkinder wäre am Ende des Schuljahres eine längere Erholungspause auf dem Lande dringend nötig.

Man wendet jedoch gegen die einmalige Einschulung gewöhnlich dreierlei ein: 1. fürchtet man eine Erhöhung der Klassenfrequenz und eine Abgabe von Schulräumen für andere als Erziehungszwecke;

2. wird bei einmaliger Einschulung das Eigenbleiben der für die höhere Klasse nicht reifen Kinder auf ein ganzes Jahr ausgedehnt, während bei zweimaliger Einschulung das Zurückbleiben auf ½ Jahr möglich wird;

3. wird bei einmaliger Einschulung ein Teil der Kinder bis zu 14½ Jahre die Schule besuchen müssen.

Zu dem ersten Nachteil ist zu sagen, daß die Klassenfrequenz unabhängig von der Frage der einmaligen oder zweimaligen Einschulung von den städtischen Schuldeputationen festgesetzt wird. Ich halte es für selbstverständlich, daß wir in der zentralen Verwaltungsdeputation, in der wir eine gesicherte sozialistische Mehrheit haben, mit aller Energie dafür sorgen werden, die Klassenfrequenz so weit herabzusetzen, wie es sich nur eben technisch und finanziell ermöglichen läßt. Daß wir auch grundsätzlich keine Schulen oder Schulräume für andere Erziehungszwecke zur Verfügung stellen werden, braucht kaum erwähnt zu werden. Rein technisch aber bietet die einmalige Einschulung für die Klassenfrequenz einen Vorteil. Es ist nun einmal nicht so, daß um Michaelis und Ostern herum die gleiche Anzahl Kinder gehören wird, und infolgedessen werden auch die Oster- und Michaelis-Einschulungen ihrer Anzahl nach nicht gleich sein. Es kommt daher häufiger vor, daß in Osterklassen eine beträchtlich größere Anzahl Kinder eingeschult werden müssen als in Michaelisklassen. Entsprechend werden die Osterklassen stark überfüllt sein und die Michaelisklassen unter dem Durchschnitt bleiben. Der Nachteil überfüllter Klassen ist aber wesentlich größer als der Vorteil von unter dem Durchschnitt bleibenden Klassenfrequenzen. Bei einer einmaligen Einschulung hat man die Möglichkeit eines gerechten Ausgleichs. In einigen Vororten, in denen nicht in einer Schule Oster- und Michaelisklassen vereinigt sind, sondern ganze Schulen entweder Michaelis- oder Oster-Einschulung haben, können bei zweimaliger Einschulung auch längere Schulwege herauskommen.

Der zweite angebliche Nachteil der einmaligen Einschulung besteht zweifelsfrei. Bei einmaliger Einschulung müssen die Kinder, wenn sie „sagen bleiben“, ein ganzes Jahr zurückbleiben; doch dieser Nachteil muß unter anderen Gesichtspunkten betrachtet werden. Unser ganzes Klassensystem und die damit zusammenhängende Veretzungsfrage ist pädagogisch unhaltbar. Die meisten Kinder bleiben nicht sitzen, weil ihre allgemeine Reife um ein Jahr zurück ist, sondern weil sie aus mangelndem Fleiß, aus körperlichen oder seelischen Schwächen, aus allgemeinen sozialen oder familiären Gründen in einigen Fächern zurückgeblieben sind. Manche wären durchaus imstande, wenn die Ursachen ihrer Vernachlässigung beseitigt wären, bald wieder auf der Höhe zu sein. In sehr vielen Fällen sind solche Nichtverletzungen direkt Verlässigungen an der Entwicklung des Kindes. Gewiß ist ein Zurückbleiben um ein ganzes Jahr härter als ein solches um ein halbes Jahr, doch der eigentliche und Kernfehler wird mit dem Halbjahr-Eigenbleiben nicht beseitigt, sondern nur reformistisch verschleiert. Hier muß vielmehr gründliche Remedur geschaffen werden. An Stelle der Jahresklassen müssen mehrere Jahrgänge zusammengefaßt und in besondere Arbeitsgruppen aufgeteilt werden. Wenn dann ein Kind in einer Arbeitsgruppe zurückbleibt, so kann es ruhig in den anderen fortschreiten und sein Verfallnis relativ leicht nachholen.

Der dritte angebliche Nachteil der einmaligen Einschulung ist aber nur ein Vorteil. Bei der einmaligen Einschulung werden viele Kinder erst mit 6½ und 6¾ Jahren in die Schule kommen. Wir sehen dabei voraus, daß die städtische Schuldeputation sich auch nicht auf den abgemilderten Standpunkt des Stadtschulrats Fischer stellen wird, daß in Ausnahmefällen Kinder auch vor dem vollendeten 6. Lebensjahre aufgenommen werden können. Für unsere unterernährten und geschwächten Proletarierkinder ist in den meisten Fällen ein Schulbesuch vor dem 7. Lebensjahre eine große Gefahr für ihre Entwicklung. Kinder, die erst mit 6½ oder 7 Jahren in die Schule kommen, können diese natürlich nicht vor 14½ Jahre verlassen. Wir verstehen durchaus, daß unsere Proletarierkinder — durch die Not getrieben — ihre Kinder schon mit dem 14. Jahre in die kapitalistische Treitmühle schicken, doch wir können das im Interesse des Proletariats nicht billigen. Unsere armen schwachen Kinder sollen so spät als möglich Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden. Wenn es nach uns ginge, müßte die allgemeine Schulpflicht bis zum 16. Jahre ausgedehnt werden. Die soziale Not der Eltern muß durch den zielbewußten Klassenkampf nicht aber durch die Ausbeutung schwächlicher Kinder behoben werden.

Die einmalige Einschulung hat außerdem aber noch drei Vorteile: Durch die zweimalige Einschulung wird nach dem Urteil vieler Lehrer und Lehrerordenföhrer in das Schulleben hineingetragen. — Ferner wird auch die Zeit nicht mehr fern sein, in der für eine ganze Menge Berliner Proletarier die Notwendigkeit bestehen wird, wegen der Arbeitslosigkeit nach anderen Wirtschaftsgebieten außerhalb Berlins zu ziehen. Nirgendwo aber werden diese Proletarier für ihre Kinder eine einmalige Einschulung vorfinden, und infolgedessen wird es mit Schwierigkeit verknüpft werden, für diese Kinder die

richtige Einreihung zu finden. Schon jetzt ist diese Schwierigkeit in Beamtenkreisen bei Verletzungen von Berlin und nach Berlin öfter hervorgerufen.

Den wichtigsten Vorteil aber bietet die einmalige Einschulung bei der Durchführung von Reformen, sei es bei der Durchführung der weltlichen Schule oder bei Einführung von Arbeitsunterrichtsmethoden. Man hat leider manchmal, so auch z. B. in Neutölln, ursprünglich den Weg eingeschlagen, zwei weltliche Schulen für die ganze Stadt einzurichten. Die Folge davon war, daß die Kinder, die die weltliche Schule besuchen sollten, aus ihrem früheren Schulverbande ganz und gar gelöst wurden und Schüler und Lehrer infolgedessen oftmals unerträglich weite Schulwege hatten. Bei einer einmaligen Einschulung läßt sich vorteilhafter folgender Weg einschlagen: Die meisten Berliner Gemeindeschulen sind Doppelschulen. Wenn an einer solchen Schule zwei Reihen von Klassen (Coeten), beide etwa mit Osterklassen, bestehen, so kann man den einen Coetus als weltlichen Strang einrichten, den anderen in der bisherigen Form lassen. Es ist ersichtlich, daß die Kinder dann nicht aus dem Schulverbande gerissen werden müssen, und daß man unnötig weite Wege vermeiden kann. Außerdem wäre der weltliche Coetus das anschaulichste Propagandamittel für die weltliche Schule. Eltern, Lehrer und Kinder würden, wenn man etwa anstatt des Religionsunterrichtes Gartenbauunterricht oder anderen Arbeitsunterricht einführen würde, bald den praktischen Nutzen der neuen Schule einsehen, und nichts könnte Saumselige und Nachlässige mehr zur Nachahmung anregen als ein gut geführter weltlicher Parallelcoetus.

Aus all diesen Gründen können wir uns nur für eine einmalige Einschulung einsetzen. Da die Sache jedoch nicht eilt, die einmalige Einschulung für April 1921 technisch nur unvollkommen und überhastet durchgeführt werden kann und vor allem die Hoffnung besteht, daß der Reichstag eine einmalige Einschulung im Herbst durchsetzen wird, so würde es uns am wichtigsten erscheinen, wenn die Erledigung dieser Frage um ein halbes Jahr verschoben würde.

Das neue Ortsklassenverzeichnis

Verzögerung der Auszahlungen — Bevorzugung der Hochbeholdenen

In der parlamentarischen Berichterstattung kommen die Schandthaten der bürgerlichen Parteien meist nicht genügend zum Ausdruck. Auch die Berichterstattung über die Stellungnahme des Reichstages zum Rotgesetz über das Ortsklassenverzeichnis für die Beamten war höchst unzulänglich. Wir wollen deshalb eine genauere Schilderung des betreffenden Beschlusses hier nachtragen.

Im Beamtenauschuß wurde von den Präsidenten der sozialistischen Komitee im Reich und in Preußen erklärt, daß sie vor Ende April mit der Aufstellung des neuen Ortsklassenverzeichnisses fertig würden, daß vor Juni, falls die Vorlage nicht an den Reichstag käme, die erst den Reichsrat passieren müßte. Im Auschuß wurde diese Tatsache alleseitig bebauert, weil dann die Beamten erst im Herbst in den Genuss der erhöhten Ortsklassenzulagen kämen, (soweit sie in höhere Ortsklassen gestuft werden). Andere Genossen vertraten den Standpunkt, daß der Reichstag die Regierung ermächtigen möge, in den abloset feststehenden Fällen die Gelder schon jetzt auszugeben und im übrigen für eine beschleunigte Fertigstellung des Verzeichnisses zu wirken. Vorher müsse man sich aber über die Grundzüge klar werden, nach denen das neue Verzeichnis aufgebaut werden sollte.

Nach unserer Auffassung ist die Zahl der Ortsklassen zu hoch, statt fünf müßten drei Ortsklassen geschaffen werden; die Ortsklassen müßten, um die bestehenden großen Härten zu beseitigen, nicht nach Orten, sondern nach Wirtschaftsgebieten eingeteilt werden, und drittens müßten die zu zahlenden Zuschläge — eine Sache des Etats — nicht nochmals nach Gehaltsklassen, auch nicht, wie die Vorschläge der Regierung wollen, nach Gehaltsgrenzen abgestuft werden, sondern innerhalb der einzelnen Ortsklassen für alle Beamten gleich sein; weil sonst die soziale Unrechtigkeit, die durch die enorme Spannung zwischen der Gehaltsklasse 1 und 13 geschaffen ist, noch vergrößert wird. — Erhalten doch die Beamten in Klasse 11, 12 und 13 die Geheimräte, in Ortsklasse A einen Ortszuschlag von 5000 Mk., also 1000 Mk. mehr als das Grundgehalt der Beamten der Gehaltsklasse 1, das 4000 Mk. beträgt.

Weder die Lösung dieser Fragen müßte vor der Neuregelung des Ortsklassenverzeichnisses entschieden werden. Dem stimmten Reichssozialisten und Bürgerliche auch zu, nichtbestimmter unterbreitete Dr. Höfle (Zentr.) einen Antrag, der ein Rotgesetz verlangt, nach dem die Auszahlung der Zuschläge für die bereits höher gestuften erfolgen soll. Das müßten unsere Vertreter beschließen, denn eine alle parlamentarische Erfahrung lehrt, daß ein gesetzlich festgelegtes Provisorium jede weitere Verbesserung hemmt und hindert.

Doch alle wohlbegründeten Einwände unserer Genossen zick haften nichts, die bürgerlichen stimmten geschlossen für die Schaffung eines Rotgesetzes und die Reichssozialisten enthielten sich der Stimme. So hatten sie, ein neues Hindernis für die schnelle Besserung der Lage der minderbeholdenen Beamten geschaffen.

Bei einer späteren Besprechung mit dem Gutachterauschuß stellte sich indes heraus, daß die meisten Beamten die Schaffung eines Rotgesetzes ablehnten und dem Vorschlage unserer Vertreter zustimmten, der Reichstag möge durch einen Beschluß die Regierung ermächtigen, die höheren Zuschläge sofort auszusprechen bis der Reichstag eine gründliche Reform des Ortsklassenverzeichnisses vorgenommen habe.

Die Ministerialdirektoren von Schlieben und Geheimrat Kühnemann suchten die Einwände der Beamtenvertreter gegen das Rotgesetz zu entkräften und unsere Genossen warnten den Gutachterauschuß davor, auf die von den Regierungsvertretern gelegten Reimuten zu kriechen. Dennoch folgte der Gutachterauschuß später unter dem Druck der Ministerialdirektoren einen Beschluß, der es billigt, daß durch ein Rotgesetz die Auszahlung der höheren Bezüge angesetzt wird.

Im Plenum brachte unsere Fraktion folgenden Antrag ein: „Der Reichstag wolle beschließen: die Regierung wird ermächtigt, die Auszahlung der höheren Ortsklassenzulagen an die Beamten vorzunehmen, ohne der endgültigen Regelung des Ortsklassenverzeichnisses damit vorzugreifen. Die Auszahlung erfolgt sofort nach Fertigstellung des provisorischen Verzeichnisses.“

Bei der Begründung des Antrages erklärten unsere Genossen, daß sie eine schnelle Auszahlung auch der höheren Zuschläge wünschten, jedoch nicht durch ein Rotgesetz, sondern durch eine Verordnung. Sie führten alle Bedenken gegen ein gesetzliches Provisorium noch einmal an. Sie vermaßen ferner auf die gesetzgeberische Ungeheuerlichkeit, die dem Reichstag zugemutet werde, einem Gesetzentwurf ohne Beratung en bloc zustimmen, den man noch gar nicht in Händen hatte.

Als der Finanzminister dem Plenum den Beschluß des Beamten-Gutachterauschusses vorzuzug, machten unsere Genossen darauf aufmerksam, daß der Gutachterauschuß erst nach der Bearbeitung durch die Geheimräte umgefallen sei. Ob der vorliegende Beschluß mit oder ohne literarische Hilfe Kühnemanns zustande gekommen sei, entzied sich unserer Kenntnis. Herr Kühnemann sowohl wie der Finanzminister wurden verlegen, der Finanzminister erkundigte sich nach der Richtigkeit unserer Darstellung und erklärte, unser Antrag wolle ihn zu einer „Ungeheuerlichkeit“ veranlassen. Das machte er nicht mit. Berlin die „Ungeheuerlichkeit“ besteht, wußte aber warte er nicht zu lassen, so daß die Ungeheuerlichkeit des Herrn Finanzministers nichts anderes gewesen ist, als eine Ausrede. Wir vermuten aber, daß die gleiche Behauptung von der geheimnisvollen „Ungeheuerlichkeit“ den Gutachterauschuß zum Umfallen gebracht hat.

Bei der von uns beantragten getrennten Abstimmung der beiden Absätze des bürgerlichen Antrages stimmten wir gegen das Rotgesetz, aber für die sofortige Auszahlung der festgesetzten höheren Ortszuschläge an die Beamten.

Die Entscheidung wird wiederum lehren, sehr zum Schaden der Beamten, daß nunmehr Verbesserungen, insbesondere eine grundsätzliche Umgestaltung des Ortsklassenverzeichnisses nicht mehr durchzuführen ist. Sobald diese Entscheidung klar zutage liegt, werden wir die Schuldigen anrangern. Die Beamten machen wir schon jetzt auf diesen Gang der Dinge aufmerksam.

Kapp-Butsch und Preissteigerung

In einem Aufsatz der Zeitschrift „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ behandelt Dr. Falk, der frühere Leiter des Landespolizeiamtes beim Preussischen Staatskommissariat für Volksernährung die Preisentwicklung der wichtigsten Bedarfsgegenstände in Berlin während des Kapp-Butsches. Der Aufsatz, der das Verbrechen, das Kapp und seine konterrevolutionären Hintermänner auch auf wirtschaftlichem Gebiet anrichteten, deutlich nachweist, bringt eine Reihe interessanter Tatsachen, die zugleich die überaus schwierige wirtschaftliche Lage kennzeichnen, in der sich das Proletariat in jenen Tagen befand.

Der Generallstreik der Arbeiter und Angestellten, der bald mit voller Wucht einsetzte, hatte u. a. die Stilllegung des gesamten Eisenbahnverkehrs, die völlige Einstellung des öffentlichen Verkehrs auch innerhalb Berlins zur Folge. Die Geschlossenheit, mit der der Generallstreik in den ersten Tagen durchgeführt wurde, ließ auch die sonstigen, dem Personen- und Güterverkehr dienenden Gespanne fortfallen. Für Berlin bedeutete dies zunächst, daß die Zufuhren von Lebensmitteln von außerhalb her ausblieben, und daß die Heranschaffung von Nahrungsmitteln dadurch unmöglich gemacht wurde. Auch die in der Nähe Berlins wohnenden Landwirte, die die Bevölkerung Berlins mit versorgen halfen, kamen mit ihren Gespannen nicht mehr zur Stadt, und die Zufuhren auf den Berliner Wochenmärkten wurden so spärlich, daß sie selbst den nöthigen Bedarf nicht mehr decken konnten.

Dem verminderten Angebot stand aber eine gesteigerte Nachfrage gegenüber. Die Ungeheuerlichkeit, in der sich die Bevölkerung infolge des Fehlens von Getreiden und zureichenden Nachrichten befand, die Unsicherheit, in die die politischen Abenteuer die Stadt gestürzt hatten, veranlaßte viele Hausfrauen gleich am ersten Tage den Bedarf für die ganze Woche einzukaufen. Die unausbleibliche Folge davon war, daß nach dem in der kapitalistischen Wirtschaft herrschenden Gesetz von Angebot und Nachfrage die Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände bald zu steigen angingen. Im ersten machte sich die Preissteigerung gleich am ersten Abend des Kapp-Butsches beim Brot bemerkbar. Für das in Berlin übliche Brot von 1900 Gramm, dessen Höchstpreis 2,85 Mk. betrug, wurde nach Falk in den westlichen Vororten 10 Mk., am Montag, den 15. März, sogar 12 Mk. gezahlt. Am Montag versuchte die Bevölkerung gleich den ganzen Wochenbedarf an Brot zu kaufen, da sie befürchtete, an den folgenden Tagen Brot nicht mehr zu erhalten. Da einige große Profifabriken stillgelegt waren, die Mehlzufuhr von außerhalb auch stockte, war das Angebot in den Bäckereien nur gering. In manchen Gegenden widerlegte sich die arbeitende Bevölkerung den verlangten Bäckereipreisen, schritt zur Selbsthilfe und verkaufte das Brot zu dem bisherigen Preis von 3 Mk., wobei es dann selber auch, wie in der Gegend des Kottbuscher Tors und Kottbuscher Dammes zur Plünderung von Lebensmittelgeschäften kam.

An der Preissteigerung, in die am ersten Tage des Kapp-Butsches nur das Brot inbegriffen war, wurden an den folgenden Tagen auch alle anderen Waren beteiligt. So stiegen die Gemüsepreise um 700 Prozent. Kohlschl, dessen Höchstpreis vor dem 13. März auf 34 Pfg. festgesetzt war, kostete nachher 2,20 bis 2,50 Mk.; für Wirtzingsohl (derselbe Höchstpreis) wurde 2,20 Mk. verlangt, und nur Weißkohls kostete 70 Pfg. Kohlrüben kamen auf 85 Pfg., Mohrrüben auf 70 Pfg. und Zwiebeln auf 2,30 Mk. das Pfund.

Besonders auffallend machte sich auch die Preissteigerung beim Salz bemerkbar. Während das Pfund Salz vor dem Kapp-Butsch mit 35 Pfg. bezahlt wurde, kostete es nachher 1,20 Mk., vereinzelt sogar 1,50 Mk. das Pfund. Ebenso stiegen die Preise für Hülsenfrüchte ganz erheblich. Erbsen und Bohnen, die vor dem 13. März 3,50 Mk. bis 6 Mk. das Pfund kosteten, kosteten jetzt 6 bis 7 Mk.; für Kaffee wurde 34 bis 38 Mk. verlangt. Die Margarine stieg nach den Angaben von Falk von 15 bis 30 Mk. auf 25 bis 30 Mk., Schmalz von 25 bis 30 Mk. auf 35 Mk. je Pfund, und für Butter die schon vorher nur im Schleichhandel zu haben war, wurde nach Falk am Sonnabend, den 20. März, sogar 45 bis 60 Mk. gezahlt.

Ebenso stiegen die Preise für Milch. Milch, die vorher 3,50 bis 4 Mk. pro Pfund kostete, wurden nach dem 13. März für 5 bis 7 Mk. verkauft. Sahntingere stiegen von 1,25 bis 1,40 Mk. auf 2 bis 2,50 Mk. das Pfund, Räuherberinge von 1,50 bis 1,60 auf 3,50 Mk. Für Wäflinge wurden 10 Mk. pro Pfund gefordert und auch gezahlt.

Was sagen uns diese Zahlen über die Lebenshaltung des Proletariats in den Kapptagen?

Für das Proletariat bedeutete eine derartige Preissteigerung vielfach Verzicht auf die notwendigen Lebensmittel. Während Fleischer und Schieber die geforderten Preise anscheinend bezahlten, ja nicht selten diese Preise noch überboten, um sich für möglichst lange Zeit zu „verloren“, ließ es für das lohnarbeitende Volk darben. Die Bekleidung des Lebensunterhaltes erschwerte sich für das Proletariat während des Kapp-Butsches von Tag zu Tag. Brot und Kartoffeln, das allernotwendigste, fehlte im Haushalt. Zu diesem Mangel an Lebensmitteln kam noch ein weiteres hinzu, das die Lage des Proletariats noch elender gestaltete: das Fehlen jeglicher Beleuchtung. Gas- und Elektrizitätszufuhr waren abgesperrt, die Preise für andere Beleuchtungsmittel verzerrt gestiegen, daß die Arbeiter nicht daran denken konnten, diese zu erwerben. Lichte stiegen von 0,85 bis 1,30 Mk. pro Stück auf 2,50 bis 3 Mk.; Karbid von 4 bis 4,50 Mk. pro Kilogramm auf 8 Mk., und für das Patent Einzelbrenner zu 10 Schacheln, das vor dem Kapp-Butsch 3,70 Mk. kostete, wurde jetzt 12 Mk. gezahlt. An diesem schamlosen Wucher beteiligten sich nicht nur Schieber und Schleichhändler, sondern auch, wie Falk sich ausdrückt, „ehrbare Kaufleute mit hohemständigen Geschäftsbetrieben“. Nur nicht die Berliner Konsumvereine, die auch ihre Tüden während des Generallstreiks geöffnet hatten und an ihrem Teil so gut wie möglich versuchten, die Not des Proletariats nicht ins Unermessliche wachsen zu lassen.

So zeigt sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete das schwere Verbrechen der Kappverbrecher am Volk. Die Lage des Proletariats, das mit beispielloser Energie alle Entbehrungen während des Kapp-Butsches erduldet, verschlechterte sich. Selbst die Lohnzahlung während der Stilltage, die die „alte Regierung“ schottend zugestimmt hatte, wurde von den Unternehmern vielfach verweigert. Zu den materiellen Schäden des Proletariats traten dann die politischen Maßnahmen durch die Ausnahmegerichte. Die Arbeiter, deren einige Schuld darin bestanden, die alte Regierung gegen die Hochverräter verteidigt zu haben, wurden das Opfer einer reaktionären Justiz, während die tabellarische Anwendung des famosen Amnestiegesetzes es den Kappverbrechern gestattete, behaglich und unbesümmert in der freieren Regemil der Welt weiter zu leben.

Jugendbewegung

Proletarierjugend und Theater

Es könnte fast den Anschein haben, als sei eine Zusammenfassung „Proletarierjugend und Theater“ etwas an den Haaren herbeigezogen. Die proletarische Jugend und das bürgerliche Theater haben, rein äußerlich betrachtet, nicht allzu viel Berührungspunkte. Dem überwiegenden Teil der proletarischen Jugend ist das Theater verschlossen. Und das aus einem ganz einfachen Grunde. Das Theater ist in der heutigen Gesellschaft eine geschäftliche Einrichtung, die ebenso wie die ganze Warenproduktion und -verteilung auf materiellem Gewinn aufgebaut ist. Die Ware Kunst, die im Theater zum Verkauf gelangt, ist zu teuer und für den jungen Proletarier (auch für den alten) ebenso unerreichbar wie all die schönen Sachen zum Essen, Trinken und Bekleiden, die die überreichen Auslagen der großstädtischen Läden füllen.

Und doch gibt es Berührungspunkte. Der junge Proletarier muß wissen, daß der bestehende Zustand kein immer gewesener und ewig währendender ist. Der junge Proletarier braucht die Kunst, wie er die Natur, wie er die Arbeit, wie er Licht und Luft braucht. Und die Kunst braucht ihn. Das mag verwegen klingen und ist doch so. Die besten Dichter und Künstler sind immer Kinder und Verherrlicher der Jugend gewesen. Sie haben sich immer an die Jugend gewandt und von dem offenen, unbelasteten Sinn der Jugend das Verständnis und die Begeisterung für ihr Werk erhofft. Jugend und Kunst gehören zusammen. Der vom reinen Quell der Kunst genährte und gebändigte Feuergeist der Jugend wird der edelsten Charakterbildung zugeführt.

Und nun das Theater. Das Theater ist der Ort, wo der Künstler und der Mensch in das innigste Verhältnis treten. Der Dichter und der Schauspieler, der Musiker und der Sänger, sie packen durch lebendiges Spiel die Zuhörer an jeder Seite ihres Wesens. Humor wechselt mit tiefster Tragik, edelstes Menschentum mit verworrenster Scharkerel, reinkstes Selbstentum mit verräterischer Feigheit, anbetungswürdigste Liebe mit tödlichem Haß. Alle Register der menschlichen Seele werden auf der Bühne gezogen und stürzen die Zuhörer in subelnde Begeisterung, befreiende Heiterkeit oder tiefste Ergriffenheit. Darum ist das Theater das Bildungsmittel ersten Ranges, weil es uns das

ganze ungemein reichhaltige und verschiedenartige Gefühlsleben der Menschen vermittelt, weil es das Werk des Dichters und des Musikers durch die Leistung des nachschaffenden Künstlers vermenschlicht.

Dieses Bildungsmittel darf der proletarischen Jugend nicht verschlossen bleiben. Hier erwächst den Bildungsorganisationen der erwachsenen Arbeiterschaft eine der größten und dankbarsten Aufgaben. Ansätze, der proletarischen Jugend den Besuch guter Theaterveranstaltungen zu ermöglichen, sind bereits vorhanden. Die Berliner Volksbühne geht mit Schüler- und Jugendvorstellungen voran. Diese Ansätze müssen planmäßig ausgebaut werden. Es gibt kein wirksameres Mittel gegen das Kino, die Schundliteratur und die übertriebene Sportfexereials das Theater. Es ist weit wirksamer als das Lesen guter Bücher, denn die Jugend verlangt nach Handlung, sie dürstet nach Erleben, sie braucht Buntheit und wechselnde Eindrücke.

Nachdem es also feststeht, daß proletarische Jugend und Theater keineswegs gewaltsam zusammengebrachte Begriffe sind, ist es auch gerechtfertigt und aufs wärmste zu begrüßen, daß in der vom „Freiheit“-Verlag herausgegebenen Schriftenreihe „Proletarische Jugend“ das zweite Heft unter dem Titel „Proletarierjugend und Theater“ erschienen ist. Diese von dem Genossen Gerhart Seger verfaßte Schrift ist aufs beste geeignet, die arbeitende Jugend (und auch die Erwachsenen) vom Wert und der Bedeutung des Theaters zu überzeugen. Aber nicht nur das. Die Schrift enthält eine ausgezeichnete zusammengedrückte Darstellung der Entstehung und Entwicklung des Theaters der griechischen und römischen Zeit über die religiösen Spiele des mittelalterlichen Christentums, der höfischen Bühnenkunst der selbstherrlichen Fürsten hinaus bis zur technischen und künstlerischen Vollendung des Theaters der Jetztzeit. Seger hat es nicht unterlassen, neben der rein beschreibenden Darstellung auch die wirtschaftlichen und kulturellen Strömungen der verschiedenen Zeitabschnitte hervorzuheben, die dem Theater seine jeweilige Färbung gaben. In einem Schlußabschnitt erörtert Seger die Möglichkeiten, ein engeres Verhältnis zwischen der proletarischen Jugend und dem Theater herzustellen. Auch er weist diese Aufgabe neben den Bildungsanstalten der Arbeiterschaft, vor allem der Volksbühnenbewegung zu. Hier ist eine Organisation vorhanden, die dem einseitigen kapitalistischen Gewinninteresse entzogen ist und an der Rückeroberung des Theaters für das Volk arbeitet. In engster Gemeinschaft und Mitarbeit an

der Volksbühnenbewegung kann die Erschließung des Theaters für die proletarische Jugend außerordentlich gefördert werden.

An die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen!

Tag für Tag seid ihr in den Fabriken oder Kontoren, Tag für Tag müht ihr Eueren verrichten, zu denen ihr vielleicht keine Lust habt, arbeiten müht ihr, wo ihr die große Ungerechtigkeit in der Bewertung eurer Tätigkeit seht, und nur wenige Stunden sind euch gegeben, in denen ihr euch erholen könnt.

Ihr seht mitten im Arbeitsprozeß, ihr seht, wie die Erwachsenen sich zusammengeschlossen haben, um sich gegen die Unterdrückungsgelüste und Ausbeutungssucht der herrschenden und besthenden Klasse zu schützen, ihr seht, wie die Arbeiterschaft einen zähen Kampf führt gegen ihre Feinde, tagtäglich.

Können wir, die Jugend abseits stehen? Wir die wir uns in derselben, vielfach noch schlechteren Lage befinden?

Nein, wir als Jugendliche schließen uns auch zusammen, schaffen uns unsere Organisationen.

Ein Teil der arbeitenden Jugend hat noch nicht erkannt, wo sein Platz ist, ein Teil glaubt, am besten die wenige freie Zeit auszunutzen zu können, wenn er Vergnügungen nachgeht, die jedoch in Wirklichkeit gar keine sind, in denen er sich vielmehr betäubt und er nicht erkennen kann, wo er hingehört.

Schon heute sei an die ein Wort gerichtet, die Eltern die Schule verlassen. Sie werden bald in derselben Lage sein, wie diejenigen, die vor einem oder vor zwei Jahren dies getan haben.

Die jugendlichen, die sich in der „Sozialistischen Proletarierjugend“ zusammengeschlossen haben, wollen nicht abseits stehen, sie wollen sich mit dem vertraut machen, was notwendig ist, um überhaupt mitzuhelfen, sie wollen aber auch, da sie jugendlich sind, und als jugendliche Anrecht auf wahre Freude haben, auch nach dieser Richtung hin tätig sein. Unsere Zeitung „Junge Kämpfer“ soll uns dabei behilflich sein.

Wir wenden uns an euch, ihr müht! wollen, ihr dürft nicht abseits stehen, kommt zu uns und helft mit am Werke, welches unsere Väter begonnen, betätigt euch in der

Sozialistischen Proletarierjugend

Anfragen sind zu richten an: Jugendsekretariat der Soz. Proletarierjugend, Groß-Berlin T. 2, Breite Straße 8/9.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Koenig, Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin T. 2, Breite Str. 14.

Caid

40-8

Die guten

MASSARY

Zigaretten

URTEILEN
SIE SELBST!

Roal

50-8

KON LINON

Modelfarbiae

Mantel



die heute bekanntlich als der Höhepunkt von Chick und Eleganz gelten, finden Sie bei uns in der von jeher bekannten, allerschöpfenden Auswahl und in diesen Hauptpreislagen:

375.- 475.- 590.- 650.-

★

Der Nebstehende z. B. aus vorzüglichem, feuchtem Stoff, streng modern und elegant verarbeitet mit relativ geringer Rückenpartie und einem schmecken andersfarbigen Untertragen Mittel — — —

395.-

Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestraße 113
Balm Stettiner Bahnhof